

# Neuer Vorwärts

## Sozialdemokratisches Wochenblatt

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:  
 Hitler und die Wirtschaftsführer  
 Gördeler gegen Schacht  
 Der kalte Putsch in Danzig  
 Arbeitsbuch und Kriegswirtschaft

# Unruhe in deutschen Betrieben

## Wiedererwachendes Selbstbewußtsein der Arbeiter

Die Deutschlandberichte des Vorstands der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands veröffentlichen eine Zusammenstellung über Widerstandsregungen in deutschen Betrieben. Diese in den letzten drei Monaten eingelaufenen Berichte sind nach verschiedenen Richtungen bemerkenswert:

1. Die Zahl der Fälle, in denen über Widerstandsregungen der Arbeiterschaft berichtet wird, hat sich wesentlich vermehrt.
2. Die Facharbeiter gewinnen in den Industrien, in denen Mangel an Facharbeitern herrscht, immer mehr an Selbstbewußtsein.
3. Es werden Fälle berichtet, in denen die Arbeiter eine starke Solidarität unter Beweis gestellt haben, gelegentlich sogar unter Einschluß der »alten Kämpfer«.
4. Das Ansehen der früheren Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsratsmitglieder hat sich sowohl bei den Arbeitern als auch bei den Betriebsleitungen weiter gehoben.

Es ist bemerkenswert, daß die Vertreter des Systems es für nötig halten, den Arbeitern bei jeder Gelegenheit auseinanderzusetzen, warum vorläufig nicht an Lohnerhöhungen zu denken ist.

Wir veröffentlichen aus diesen Berichten den folgenden Auszug:

### Nordwestdeutschland

Die ... Werke sind ein Reichswehrbetrieb. Als Betriebsführer fungiert ein Offizier. Er erscheint jeden Morgen im Betriebe und inspiziert alle Abteilungen. Dabei wird er von den Ingenieuren und Meistern in militärischer Haltung begrüßt, während sich die Arbeiter um seine Anwesenheit nicht kümmern. Ingenieure und Meister sind angewiesen, alles aus dem Betriebe herauszuholen, was herauszuholen ist. Es herrscht daher ein Antreibersystem schlimmster Art. Höhere Leistungen werden durch Akkordverschlechterungen erpreßt, die von den Abteilungsleitern (Ingenieuren) auf Anordnung durch Anschlag bekanntgemacht werden. Manchmal gelingt es, durch Obstruktion einer ganzen Abteilung eine solche Verschlechterung für einige Zeit abzuwehren. Eine scharfe Zuspitzung erfuhr ein solcher Konflikt vor einigen Wochen in einer Handgranatenabteilung, in der etwa 100 Mann eine solche Verschlechterung einmütig ablehnten. In den letzten Monaten war der Akkord dreimal verschlechtert worden. Als man jetzt abermals durch Anschlag bekanntgab, daß in Zukunft pro Stunde soundsovielle Werkstücke abgeliefert werden müßten — fast die doppelte Zahl wie vor einem halben Jahr — arbeitete die Abteilung unbekümmert um diese Anordnung in dem bisherigen Tempo weiter. Am nächsten Tage erschien abermals ein Anschlag, in dem jedem, der die gewünschte Zahl nicht abliefere, mit Entlassung gedroht. Wieder kümmert man sich nicht darum. Nach ein paar Tagen wurde bekanntgemacht, daß jeder, der sich nicht nach dieser Anordnung richte, verhaftet würde wegen Sabotage. Als auch diese Anordnung nichts nützte, verhaftete man einen »alten Kämpfer« als Rädelführer, man tat den anderen nichts, sondern vorläufig wurde die Anordnung zurückgenommen, bis sie in einiger Zeit wieder erlassen wird. Der Verhaftete hatte sich sehr mannhaft benommen. Er meinte, daß er als alter Pg. und SA-Mann sich das erlauben könne. Dem Ingenieur hatte er gesagt, er hätte zu dem ganzen »Mist« keine Lust mehr usw. Selbst die Gauleitung, an die er sich dann wandte, konnte nichts

für ihn tun. Derselbe SA-Mann hatte im letzten Winter auf alle ihm erreichbaren Handgranaten eines Tages mit Kreide »WHW« (Winterhilfswerk) geschrieben. Es war große Aufregung im Betriebe. Gestapo erschien, aber bei der Solidarität der Kollegen erreichte sie nichts, obwohl allgemein bekannt war, daß der SA-Mann der Täter war. Daß »alte Kämpfer« bei solchen Konflikten in den Vordergrund treten, ergibt sich aus der Taktik unserer Genossen, die es verstehen, diese Leute vorzuschicken.

Die Facharbeiter in der Rüstungsabteilung der Hanomag (Hannov.) verdienen bis in die letzte Zeit 60 bis 70 Mark die Woche im Akkord. Jetzt hat man die Akkordsätze wesentlich abgebaut, so daß man bei der gleichen Arbeitsleistung kaum über den Stundenlohnsatz (62 Pf.) hinauskommen kann. Vertreter der Betriebsleitung haben auch erklärt, daß praktisch zum Stundenlohnsatz die Akkordleistungen geschafft werden müßten,

weil der Staat nicht mehr bezahlen könne. Die Arbeiter jedoch gaben sich damit nicht zufrieden, sondern ließen die Leistungen ebenfalls zurückgehen. Die Betriebsführung bezeichnete das als Sabotage und setzte schließlich andere Arbeiter, und zwar vorwiegend SA-Leute, an die Plätze dieser Abteilung. Aber das Unerwartete geschah: Auch die SA-Leute legten kein schnelleres Tempo an den Tag, so daß das Ergebnis dasselbe blieb. Daraufhin hat ein Obermeister einen SA-Mann als Rädelführer entlassen. Der Mann, ein »alter Kämpfer«, beschwerte sich und erreichte auch seine Wiedereinstellung. Alte Gewerkschafter versicherten, im Laufe der Zeit würde man also auch noch den SA-Leuten ein Solidaritätsgefühl mit ihren Arbeitskollegen beibringen können.

In einer Ziegelei wird den Arbeitern bei der schweren Arbeit ein Stundenlohn von 40 Pf. gezahlt. Der Betrieb kann die Masse der Aufträge kaum bewältigen. Es kommt vor, daß die Steine noch warm an die Bau-

stellen geliefert werden. Schließlich haben die Arbeiter erklärt, streiken zu wollen, wenn ihnen nicht wenigstens der Lohnsatz für Notstandsarbeiten, also 52 Pf. pro Stunde, bezahlt würde. Diese Streikankündigung war der letzte Ausweg, nachdem alle Bemühungen beim Arbeitgeber, bei der Arbeitsfront und bei der Partei, ergebnislos verlaufen waren. Darauf wurde vom Arbeitgeber wie auch von der Arbeitsfront angeordnet, im Falle eines Streiks würde man sie alle ins Konzentrationslager sperren. Dennoch legten schließlich 30 Arbeiter die Arbeit nieder und streikten eine Woche hindurch. Ein Teil der Arbeiter erhielt in der Zwischenzeit eine andere, etwas besser bezahlte Arbeit. Der Rest der Streikenden nahm nach einer Woche die Arbeit zum alten Lohn wieder auf. Der Arbeitgeber erklärt, bei den Aufträgen, die Teile von staatlichen Aufträgen ausmachen, keine höheren Löhne bezahlen zu können. Die streikenden Arbeiter, die weder Unterstützung noch Hilfe von der Ar-

# Der kalte Putsch in Danzig

## Stückweise Zerrettung der Verfassung — Und der Völkerbund?

Der Völkerbund hat Polen beauftragt, über die Innehaltung der Völkerbunds-garantie für die Danziger Verfassung zu sorgen. Der Danziger Senat setzt unbekümmert um die Völkerbunds-garantie die völlige Gleichschaltung Danzigs fort. Eines seiner nächsten Ziele ist das Verbot der sozialdemokratischen Partei. Um diesem Verbot einen äußerlich legalen Anlaß geben zu können, ist eine plumpe Polizeiaktion veranstaltet worden, die sich der schmutzigsten und abgedroschensten Lockspitzelmethode bedient hat. Wir erfahren darüber das folgende:

Die Aktionen der Polizei, die am Sonnabend, dem 3. Oktober, einsetzten, dürften das Verbot der sozialdemokratischen Partei der Freien Stadt Danzig zum Ziel haben. Es befinden sich bis auf wenige Ausnahmen noch die 7/8 Teilnehmer an der Landkonferenz der SPD seit Sonntag, den 4. Oktober, in Haft. Ferner waren wegen angeblich unbefugten Waffenbesitzes verhaftet worden der Parteisekretär Johannes Mau, der Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiterjugend Danzig-Stadt, Paul Rathmann, der Geschäftsführer der Danziger Volkstimme, Anton Fokken, der Prokurist der Danziger Volkstimme, Willi Kunze, der verantwortliche Redakteur der D. V., Franz Adomat, der Expedient der D. V., Erich Leschner, der Buchdruckermeister der D. V., Emil Marquardt, ferner der Volkstagsabgeordnete Wilhelm Godau und die beiden Landfunktionäre und Arbeiter Johannes Kindler und Willi Hoppe. Die Waffen, es handelt sich im wesentlichen um Revolver, Säbel, eine Maschinenpistole usw. sollten von der Polizei in den Geschäftsräumen der Partei, bezw. der Danziger Volkstimme, bei den vier letztgenannten in den Privatwohnungen gefunden worden sein. Selbstverständlich sind diese Angaben völlig ungläubhaft. Durch wiederholte Parteibeschlüsse war festgelegt worden, daß niemand, weder ein Mitglied noch gar ein führender Sozialdemokrat sich im Besitz von Waffen befinden dürfte. Diese Anweisungen der Partei sind stets strengstens befolgt worden. Das war schon deshalb

notwendig, weil nach einer in Danzig bestehenden Verordnung ein Verein aufgelöst werden kann, wenn drei seiner Vorstandsmitglieder oder drei Mitglieder mit Wissen des Vorstandes Waffen besitzen.

Die Haussuchungen sind zum Teil nicht in Gegenwart der Betroffenen oder seiner Familienmitglieder ohne Zeugen durchgeführt worden. Ein charakteristischer Fall ist der Fall des Abgeordneten Brill, des Vorsitzenden der Partei, in dessen Wohnung während seiner Abwesenheit und nachdem man die Wirtsleute aus dem Zimmer gewiesen hatte, Waffen gefunden wurden. Ebenfalls in Abwesenheit des Betroffenen wurden bei einer Haussuchung, die ohne Zeugen vor sich ging, in der Wohnung des Buchdruckers Paul Neumann, der Mitglied des Landesvorstandes der Partei ist, Waffen gefunden.

Bei dem Redakteur Erich Brost, ebenfalls Mitglied des Landesvorstandes, hat man ebenfalls Haussuchung gemacht, ohne etwas zu finden, ferner in seinem Redaktionszimmer in seiner Abwesenheit. Ueber das Ergebnis ist in der Presse nichts mitgeteilt worden. Jedoch wird in der nationalsozialistischen Presse erklärt, daß man nach Brill, Neumann und Brost fahnde, und daß alle drei geflüchtet seien.

Mit Ausnahme dieser drei wurde gegen die anderen, namentlich Genannten am Donnerstag 8. Oktober, ein Schnellgerichtsverfahren durchgeführt, wobei, trotzdem man von massenhaften Waffenfunden sprach, und auch Photographien eines angeblich bei der SPD gefundenen Waffenlagers veröffentlicht hatte, folgende Urteile gesprochen hat: Mau 500 Gulden, Focken 1000 Gulden, Kindler 50 Gulden, Hoppe 50 Gulden Geldstrafe, Godau einen Monat Gefängnis. Alle übrigen wurden freigesprochen. Aus der Haft entlassen wurden nur Mau und Kunze, die übrigen befinden sich in Schutzhaft. Es wird ferner behauptet, daß gegen einige nicht genannte Sozialdemokraten noch Verfahren wegen Sprengstoffbesitzes durchgeführt werden sollen. Man will auch bei bisher nicht Genannten angeblich in den Geschäftsräumen der Volkstim-

me Eierhandgranaten, Tränengas und Sprengstoff gefunden haben.

Noch während der letzten Tage vor den angeblichen Waffenfunden sind wiederholt im Parteibüro und häufiger in den Räumen der Volksstimme eingehende Haussuchungen von der Polizei durchgeführt worden, ohne daß auch nur das geringste gefunden wurde. Es wäre ja auch Wahnsinn gewesen, in diesen Räumen, die ständig von Haussuchungen bedroht waren, irgendwelche Waffen aufzubewahren. Ebenso sind auch die leitenden Funktionäre ständig von Haussuchungen bedroht worden und mußten damit rechnen.

Die Aktionen gegen die Partei dürften weitergehen. Die Begleitmusik bilden zahlreiche Terrorakte auf dem flachen Lande, so hat man in dem Dorf Gottswalde, Danziger Niederung, mehrere Arbeiterwohnungen demoliert. Die Danziger Bevölkerung ist sehr aufgeregt, man erwartet allgemein eine völlige Gleichschaltung. Gegen das Zentrum hat man bisher nichts unternommen. Den Vorsitzenden der deutschnationalen Volkspartei, Rechtsanwalt Weise, wurden sämtliche Anwaltsakten beschlagnahmt. Die Abberufung des Hohen Kommissars Lester, der das Vertrauen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung besaß, hat stark deprimiert.

Haussuchungen wurden noch vorgenommen bei den Abgeordneten Weber, Moritz, Schmidt, Gertrud Müller, die nach kurzer Verhaftung wieder freigelassen wurde, Töpfer, dem ehemaligen Vorsitzenden des verbotenen Allgemeinen Arbeiterversandes und dem Redakteur Thomat, Vorsitzenden der Arbeitersportler. Das Parteibüro ist noch immer polizeilich versiegelt. Die drei verfassungstreuen Parteien, Sozialdemokratie, Zentrum und Deutschnationale, arbeiten weiter in Einmütigkeit zusammen.

Der Bericht läßt erkennen, daß in der Praxis in Danzig die Verfassung bereits durch die Methoden des Dritten Reiches ersetzt worden ist, und daß es sich für den Völkerbund darum handelt, die Verfassung wieder herzustellen.

beitsfront erhielten, mußten, wenn sie ihre Familie nicht verhungern lassen wollten, nach einer Woche die Arbeit wieder aufnehmen.

## Rheinland-Westfalen:

Der Notstandsarbeitsplatz in X. zeigt die typische Entwicklung der letzten Zeit: Die Arbeiter werden immer kühner. Die Angst vor Entlassung und vor den Vorgesetzten ist geringer geworden. Auf einer Baustelle hatte man durch Unvorsichtigkeit einen Apparat unbrauchbar gemacht. Darauf hat man den Arbeitern den verursachten Schaden vom Lohn abhalten wollen. Diesen Versuch beantworteten die Arbeiter mit der Niederlegung der Arbeit. Sie fingen nicht eher wieder an, als bis die Angelegenheit in ihrem Sinne geregelt war. Nichts hielt sie ab, Man drohte ihnen, daß sie alle zur Halde versetzt werden würden. Das ist gewissermaßen Strafarbeit. Alle ließen die Arbeit liegen und gingen zur Halde. Hier konnte man infolge des besonders niedrigen Lohnes nichts mehr ableihen. Zwar kamen die Arbeiter nicht völlig zu ihrem Recht, aber es war ein Akt der Solidarität und des Widerstandes.

In dem sogenannten Aufbaulager Korschbroich kam es zu einem regelrechten Streik. Es handelte sich um die Frage, ob die Arbeiter selber ihre Gerätschaften stellen sollten. Das lehnten die Arbeiter (Notstandarbeiter) ab. Die Betriebsleitung wurde gezwungen, die Forderung anzuerkennen. Der Streik hatte zwei Stunden gedauert.

## Südwestdeutschland

Ueber die Opelwerke in Rüsselsheim ging das Gerücht, daß im Juni 300 oder gar 5000 Mann gestreikt hätten. Nach unseren Ermittlungen handelt es sich um folgendes: In einer Abteilung sollte etwa 300 Arbeitern der Akkord heruntersetzt werden. Diese Arbeiter protestierten in einem Schriftstück an die Direktion, und alle 300 haben dieses Schreiben unterzeichnet. In diesem Schreiben drohten sie mit Klündigung. Darauf nahm die Arbeitsfront die Sache in die Hand. Gleichzeitig mit der Übernahme der Sache durch die Arbeitsfront hat sich auch die Gestapo eingestellt und eine Untersuchung eingeleitet, ob kein Komplott bestehe. Es wurden eine Anzahl Arbeiter verhaftet, nach dem Verhör jedoch wieder freigelassen. Diese Leute sagen jedoch über diese Sache nichts aus.

Vor kurzem kam vor dem Arbeitsgericht Mainz die Widerrufsklage von Arbeitern zur Verhandlung, die damals fristlos entlassen worden waren. Das Arbeitsgericht wies die Klage ab, weil sich die Arbeiter dadurch, daß sie vom laufenden Band weggelaufen waren, sich einen Verstoß gegen die Volksgemeinschaft und die Grundgedanken des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit haben zuschulden kommen lassen.

## Bayern

In einer Porzellanfabrik haben Arbeiterinnen Lohnkürzungen nicht einfach hingenommen. Hier hat man folgendes Verfahren angewandt: In einer Abteilung haben 15 Frauen und ein Mann gearbeitet, der Mann mit einer Akkordlohnbasis von 63 Pfg. pro Stunde, die Frauen von 37 Pfg. Nun hat man den Mann aus der Abteilung herausgenommen und dafür eine Frau eingestellt. Die schwere Arbeit, die bisher der Mann verrichtete, haben nun die Frauen mit erledigen müssen, so daß sie bei größerer Anstrengung nur noch einen Stundenlohn von 35 Pfg. erzielen konnten. Die Frauen verlangten aber energisch ihren alten Lohn. Sie gingen zum Betriebsvertrauensmann, der sich erst hinausreden wollte. Aber die Frauen ließen nicht locker, verlangten, daß der Fall der DAF unterbreitet werde und wiesen immer darauf hin, daß nach Äußerungen von Ley und Hitler selber keine Lohnkürzungen durchgeführt werden sollen. Nun haben in der vorigen Woche die Frauen wieder einen Lohn erhalten, der einer Stundenlohnhöhe von 37 Pfg. entspricht. Aber um den zu wenig erhaltenen Lohn für 13 Wochen müssen sie sich noch streiten. Dieses energische Auftreten hatten die Frauen noch vor kurzem nicht an den Tag gelegt, es ist eine Folge der eingetretenen Teuerung. Den Leuten wird es eben zu bunt, gleich mit doppelten Ruten gezüchtigt zu werden.

## Sachsen

Aus einem Rüstungsbetrieb (nähere Angaben müssen unterbleiben): Vor einiger Zeit wurde in diesem Betrieb, in dem Flugzeugmotoren hergestellt werden, wegen Lohndifferenzen und wegen des herrschenden Antreibersystems gestreikt. An dem Streik beteiligte sich eine ganze Ab-

## Grenzen des Systems

Krise der Methode Schacht.

Das braune System steht an einem Scheidewege. Die Stabilisierung der Weltwährungen nach der Abwertung in Frankreich und der Schweiz unterstreicht, daß das Hitlersystem Deutschland außerhalb der Weltwirtschaft gestellt hat. Die deutsche Diktatur stößt an die Grenzen ihrer Aktionsfähigkeit. Sie muß sich entscheiden, ob sie nach wie vor alles für die Kriegsrüstung aufopfern, oder ob sie das bisherige Tempo der Rüstung einstellen soll.

Hitler hat in Nürnberg eine ganz eindeutige Stellung dazu eingenommen. Er hat den neuen Vierjahresplan, die Autarkie, den Primat der Weltwirtschaft verkündet. Schon vier Wochen später hat diesen Vierjahresplan die Krise erfaßt.

Die Entscheidung des Systems wird von großer Bedeutung sein. Das System der inneren Unterdrückung, der politischen und kulturellen Absperrung vom Ausland steht in unlösbarem Zusammenhang mit der Vorherrschaft der Rüstung über die Wohlfahrt des Volkes und mit der Autarkie. Das System hat diese Entwicklung so auf die Spitze getrieben, daß eine Systemänderung ohne krisenhafte Erschütterungen nicht mehr möglich ist.

Die Beratungen, die zur Stunde, in der wir das schreiben, bei Hitler geführt werden, sind darum ein Beweis dafür, daß der Machtwahn das System an einen hochkritischen Punkt geführt hat.

## Ein eidbrüchiger Verbrecher

Mit Oberreichsanwalt Werner ist ein Vorbereiter des Dritten Reiches gestorben. Er gehörte zu jener im Grunde hochverräterischen Justizfronte, die ihre amtliche Stellung zur Begünstigung der Vorbereitungen der deutschen Gegenrevolution benutzt haben. Er war es, der die gerichtliche Aktion gegen die Verfasser der sogenannten Boxheimer Dokumente sabotierte. Mit diesen Dokumenten war der Putschplan der NSDAP in die Hand der republikanischen Behörden gefallen. Die Verbindungen der hessischen Verfasser dieses Plans zu Hitler lagen offen. Oberreichsanwalt Werner stellte

teilung von etwa 150 Mann. Darunter befanden sich auch etwa 40 SA- und etwa 20 SS-Leute. Der Streik begann früh um 7 Uhr bei Arbeitsbeginn, weil am Tage vorher die Akkordsätze durch Aushang wieder herabgesetzt worden waren. Schon nach kurzer Zeit kamen drei Wagen der Polizei mit einem Amtswalter der Partei, der die Leute auf das Staatsschädigende ihres Verhaltens aufmerksam machte. Als die Arbeiter geschlossen das Ansinnen, die Arbeit wieder aufzunehmen, ablehnten, mußte die Direktion allen die Entlassungspapiere ausstellen. Die SA- und SS-Leute wurden sofort verhaftet und in ein Konzentrationslager überführt. Einige der entlassenen Arbeiter haben aber sehr bald wieder Arbeit bekommen.

In der Textilindustrie im Bezirk Chemnitz hat sich in den letzten Monaten eine eigenartige Praxis herausgebildet. In mehreren Betrieben war die Arbeiterschaft infolge der herabgesetzten Löhne und der fortgesetzten Antreiberien unruhig geworden und hatte durch die Vertrauensräte Forderungen auf bessere Entlohnung und menschlichere Behandlung gestellt. Auch die Arbeitsfront wurde verständigt und griff, allerdings ohne Erfolg, ein. Seit Anfang Juni ruhen nun diese Betriebe ganz, und man hat in einigen Orten des Chemnitz Bezirkes sogenannte Musterbetriebe eingerichtet, in denen nur noch hundertprozentige Nazis und solche Arbeiter beschäftigt werden, mit denen die Unternehmer schon immer tun konnten, was sie wollten. In Geradorf z. B. ist ein solcher Musterbetrieb mit einer Belegschaft von 400 bis 500 Personen errichtet worden, welcher Gaze erzeugt. Mit dieser Einrichtung will man nun die sich allmählich wieder auf ihren Klassenstandpunkt besinnenden Textilarbeiter für neue Ausbeutung und für die Aufnahme des nationalsozialistischen Gedankengutes gefügig machen.

## Oberschlesien

Auf einzelnen Gruben sind die Belegschaften bereits bei den Vertrauensräten vorstellig geworden, man möge für Fett, Butter und Fleisch sorgen, sonst haue man die »Klamotten« hin. Aus diesem Anlaß kam es zwischen dem Vertrauensrat und einigen Bergarbeitern der Castellengrube bei Beuthen zu einer Prügelei, da dem Vertrauensrat Herzog gesagt wurde, er solle nicht nur verhandeln, sondern handeln, damit es etwas zu fressen gebe. Gegen drei Berg-

leute wurde ein Verfahren eingeleitet; verhaftet wurden sie nicht. Der Vertrauensrat aber erklärte der Belegschaft, er nehme es den Kumpeln nicht übel, er leide genau so unter den Verhältnissen wie die andern. Die Betriebsleitung der Castellengrube versprach, daß sie sich um die Gewährung von Zusatzkarten für Margarine und die Verbesserung der Fleischversorgung bemühen werde. Man habe hierfür von Berlin bereits feste Zusagen.

Der Vorfall sprach sich bald im Revier herum, und auf einzelnen Gruben erfolgte ein Massensturm zu den Vertrauensräten, aber auch zu den Betriebsleitungen selbst. Auf der Abwehrgrube bei Mikultschütz-Hindenburg erklärte der Betriebsführer, er könne nichts versprechen, und wenn die Amtswalter der Partei versprochen hätten, Margarine und Butter zu beschaffen, so solle man den Burschen nur auf den Pelz rücken. Die wären immer mit Versprechen schnell bei der Hand, und wenn es dann nicht klappt, schieben sie die Verantwortung den Direktoren zu. Er wolle zwar versuchen, was durch den Arbeitgeberverband wegen der Fettversorgung unternommen werden könne, versprechen könne er aber nichts.

Auf der Grube Sosnizza bei Gleiwitz weigerte sich die Belegschaft eines Tages, einzufahren, weil eine Leistungssteigerung ohne Lohnerhöhung angeordnet worden war. Nach Verhandlungen des Vertrauensrates mit der Verwaltung wurde der Konflikt beigelegt, nachdem sich auch der Kreisleiter der Arbeitsfront auf die Seite der Arbeiter gestellt hatte. In der nachfolgenden Belegschaftsversammlung wurde aber den Arbeitern mit dem Konzentrationslager gedroht, wenn sich solche Vorfälle wiederholen sollten oder jemand es wagen sollte, etwas von dem Vorfall zu berichten. Trotzdem wurde die Aktion im ganzen Industriebezirk bekannt, und auf Drängen der Verwaltung wurde der betreffende DAF-Kreisleiter abberufen.

Beim Reichs-Autobahnbau Gleiwitz-Beuthen versuchte man, den Arbeitern die Leistungsprämie zu kürzen und wollte die Regenstunden nicht mehr bezahlen mit der Begründung, daß es sich seit dem 1. April nur noch um Aufräumungsarbeiten handle. Der Vertrauensrat wurde von der Belegschaft als Vertretung abgelehnt und die Arbeit niedergelegt. Sie wurde erst wieder aufgenommen, als die Zusage erfolgte, daß der Streit dem Arbeitsgericht zur

## Grenzen der Freiheit

Auf der Straße — in der Presse

England hatte bisher eine fast vollständige Freiheit für Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel, aber ein scharfes Presserecht, das Beleidigungen durch das gedruckte Wort schwer bestraft. Umgekehrt war in Frankreich das »Recht auf der Straße« in der Praxis stets starken polizeilichen Ein-

schränkungen unterworfen, auf der anderen Seite gab es eine beinahe grenzenlose Freiheit der Presse. Jetzt haben die kleinen Hüder der beiden großen Demokratien es so weit gebracht, daß in beiden die Frage einer neuen Abgrenzung der staatsbürgerlichen Freiheiten, des Rechts auf die Straße dort, der Freiheit der Presse hier, zur Debatte steht.

In England war es der Vorstoß Mosleys in dem proletarisch-jüdischen Osten Londons, der die Frage ins Rollen brachte. Es war interessant zu sehen, wie der liberale Innenminister der Nationalregierung, Sir John Simon, zunächst den grundsätzlichen Standpunkt der unbegrenzten Demonstrationsfreiheit vertrat, während die mit Recht erregte Bevölkerung Eastends die frechen Ruhestörer zu Paaren trieb und die Labour Party gegen den Minister wegen seiner überdemokratischen Prinzipienreiterei schärfste Angriffe erhob.

In Frankreich ist es die Volksfront-Regierung Léon Blums, die ein gesetzliches Vorgehen gegen die unbegrenzte Verleumdungsfreiheit der Presse angekündigt hat. Es handelt sich für sie um die Gewinnung des juristischen Werkzeugs, das sie braucht, um den zügellosen Treiben einer korrupten, vor keiner Lüge und Verleumdung zurückschreckenden Reaktionspresse entgegenzutreten zu können.

In beiden Fällen scheint man aus den traurigen Erfahrungen, die in Deutschland gemacht worden sind, gelernt zu haben. Nach einer klassischen Definition Gregor Strassers war es die Funktion des Nationalsozialismus »die Demokratie mit den Mitteln der Demokratie zu vernichten.« Damit ist ganz offen die Frage gestellt, ob die Demokratie grundsätzlich verpflichtet ist, ihren Feinden, die sie vernichten wollen, die Mittel zu gewähren, die sie zur Verwirklichung ihrer Absicht brauchen. Wer könnte nach den deutschen Erfahrungen diese Frage bejahen? Jede Meinung, die innerhalb einer freien Verfassung vertreten wird, soll frei sein. Nicht aber darf es faschistischen Räuberbanden gestattet sein, sich mit angeblich demokratischen Mitteln der Staatsgewalt zu bemächtigen und die Völker zu unterjochen. Die Freiheit bedarf der Selbstbegrenzung, wenn sie nicht der Selbstvernichtung anheim fallen soll.

Entscheidung übergeben werde, was auch erfolgt ist. Die Arbeitsgemeinschaft Lenz, Kränke, Schalthorn wurde daraufhin vom Arbeitsgericht in Hindenburg verurteilt, den Tarif einzuhalten.

Bei den Kokswerken in Hindenburg muß die Belegschaft einen Beitrag für »Kraft durch Freude« von 10 Pfg. zahlen. Als dieser Beitrag jetzt auf 20 Pfg. erhöht wurde, erschied eine Delegation unter Führung von Nazis beim Betriebsführer Dr. Kortzen und drohte mit Arbeitsniederlegung, falls der Beitrag nicht wieder herabgesetzt werde. Die Delegation erhielt die Zusage, daß auch weiter nur 10 Pfg. abgezogen würden.

## Berlin

Charakteristisch für die Freiheiten, die sich in der heutigen Rüstungskonjunktur gelernte Qualitätsarbeiter bereits nehmen können, ist folgender Vorfall aus einem Berliner Rüstungsbetrieb. Der Betriebsleiter mußte an einem Kursus der Arbeitsfront teilnehmen. Nach Absolvierung des Kursus ordnete er an, daß in seinem Betrieb die Arbeiter mit »Heil Hitler« zu grüßen hätten. Daraufhin viele Witze, daß er sonst scheinbar nichts in dem Kursus gelernt hätte. Ein Arbeiter weigerte sich, der Anordnung zu folgen, lieber wolle er gehen. Er kündigte tatsächlich seine Arbeit. Der Meister versuchte, ihn zum Bleiben zu überreden, er dürfe ruhig wieder »Guten Tage« sagen und bewilligte ihm außerdem noch fünf Mark »Dreckszulage« pro Woche. Der Arbeiter ist aber trotzdem gegangen und hat sofort wieder Arbeit gefunden.

Bei Orenstein & Koppel, Lokomotivfabrik, Berlin, haben 40 Leute wegen Lohnsenkung die Arbeit niedergelegt. Die Firma hat einen entsprechenden Anschlag am schwarzen Brett darüber gebracht. Vier Mann sind, anscheinend als Rädelführer, verhaftet worden, die anderen sind im Betrieb geblieben.

Ebenso kam es bei der Auto-Union zu Differenzen. Den Autosattlern ist eine Lohnsenkung von 1.17 auf 1.07 Mark angeordnet worden. Auch hier erschien die Gestapo, um Rädelführer festzustellen. Sie konnte aber nichts ausrichten. Die angeordnete Maßnahme ist nicht durchgeführt worden.

# Labour für Aufrüstung

Der Beschluß von Edinburgh.

Von allen Beschlüssen, die der Edinburgher Parteitag der Labour Party gefaßt hat, ist der über die Aufrüstung der weitaus bedeutendste. Mit der imposanten Mehrheit von 1.736.000 gegen 637.000 Stimmen hat der Kongreß einen Beschluß des Exekutivkomitees bestätigt, der eine völlige Abkehr von der bisherigen Militärpolitik der Partei darstellt. Er hat sich zu der Notwendigkeit bekannt, die Rüstungen in den demokratischen Ländern in gleicher Weise zu vervollständigen, wie das in den Diktaturstaaten geschieht, und er hat diese Notwendigkeit ausdrücklich begründet mit der drohenden Haltung der Diktaturstaaten, »die ihre Rüstungen in bisher unerhörtem Maße steigern, das internationale Recht missachten und die Mitarbeit an der Organisation des Friedens verweigern.« Ausdrücklich wird anerkannt, daß England jene militärischen Kräfte entwickeln muß, die es braucht, um seine Pflichten als Völkerbundmitglied zu erfüllen, sowie die Freiheitsrechte des britischen Volkes und seine demokratischen Einrichtungen zu verteidigen zu können.

Daß dieses Bekenntnis zur Wehrhaftigkeit von den heftigsten Attacken auf die Regierung Baldwin-Chamberlain begleitet ist, versteht sich von selbst, doch ändern diese mehr innerpolitischen Auseinandersetzungen nichts an der internationalen Bedeutung des Edinburgher Beschlusses. Hugh Dalton, der Sprecher des Exekutivkomitees, unterstrich diese Bedeutung durch eine Rede, in der er die Schuld Hitlerdeutschlands an dem allgemeinen Rüstungswettrennen ganz klar herausstellte. Mit gewaltiger Wirkung zitierte er die Reden des »Führers«, aus denen er schloß, daß ein Blitzangriff deutscher Luftstreitkräfte auf England durchaus im Bereich des Möglichen liege, und unter ungeheurem Beifall rief er aus:

»Es genügt jetzt nicht mehr, wohlabgewogene Resolutionen anzunehmen. Der Augenblick rückt heran, in dem es notwendig sein wird, den vertragsbrüchigen Faschistenstaaten zuzurufen: Bis hierher und nicht weiter! Nie wird die Demokratie vor der Diktatur in die Knie sinken!«

Es war ein dramatischer Augenblick, als der frühere Parteivorsitzende, der greise Lansbury, für die Opposition das Wort ergriff. Er wußte wohl, daß er, der Vertreter des Pazifismus alten Stils, für eine verlorene Sache kämpfte. Ihm blieb zwar der Trost, daß nach den Erklärungen Attlees und Morrisons die Fraktion im Unterhaus Abstriche vom Militäretat beantragen, möglicherweise sogar gegen diesen Etat stimmen wird, doch mußte er sich damit bescheiden, daß es sich dabei nur um Gesten der Opposition, keineswegs um ein Bekenntnis zum Altpazifismus handeln kann. Die Zeit dieses Altpazifismus, der die ganze Welt durch waffenlose Ueberredung zu seinen idealen Grundsätzen bekehren wollte, ist vorbei. Hitler hat zuwege gebracht, daß sich das englische Volk in dem Willen, den europäischen Frieden gegen ihn, wenn nötig auch mit den Waffen zu schützen, geeinigt hat.

## Kanonen statt Butter — warum?

Rüstung gegen Sowjetrußland!

Rudolf Heß, Stellvertreter des Führers, hat in einer Rede zu Hof erklärt, daß die Parole »Kanonen statt Butter« noch immer ihre Gültigkeit behalte. Wenn diese Parole streng beachtet werde, dann könne das Dritte Reich einem eventuellen Angriff Sowjetrußlands in Ruhe entgegensehen. Als das »Verdienst des Führers« pries er es, daß man gegen einen solchen Angriff schon jetzt hinreichend gewappnet sei.

Rudolf Heß hat ein anderes »Verdienst des Führers« zu erwähnen vergessen: Wenn sich die frühere deutsch-russische Freundschaft in eine lebensdrohende Feindschaft verwandelt hat, so ist das nämlich auch sein »Verdienst«. Als Hitler die Herrschaft übernahm, fand er einen deutsch-russischen Freundschaftsvertrag vor, der Deutschland im Osten völlige Sicherheit gab. Zwischen der Reichswehr und der Roten Armee bestand sogar ein Verhältnis von solcher Intimität, daß es die Besorgnis vieler Friedensfreunde erregte. Auf russischen Übungsplätzen erprobten deutsche Offiziere die Waffen, die Deutschland durch den Friedensvertrag verboten waren, in russischen Fabriken wurden solche Waffen für Deutschland hergestellt, kurz es bestand zwischen Sowjetrußland und Deutschland auf militärischem Gebiet eine noch engere Zusammenarbeit, als sie heute zwischen Sowjetrußland

Wir sprachen einen deutschen Bekenntnispfarrer über die protestantische Front des deutschen Kirchenkampfes. Er war pessimistisch und zuversichtlich zugleich. Pessimistisch in dem Sinne, daß er an keine Versöhnung zwischen Nationalsozialismus und Christentum glaubt. Das hätte längst auch die große Mehrheit der deutschen Christen eingesehen, die, soweit sie überhaupt christlich geblieben seien, Anschluß an die Bekenntnispfarrer suchten. Die im Nationalsozialismus weltanschaulich vorherrschende Richtung sei mit Staatshilfe zu einem Vernichtungskampf gegen die christlichen Kirchen und zur Gründung und Ausbreitung einer einheitlichen nationaldeutschen Gotteskirche entschlossen. Den Konfessionen ständen die schwersten Kämpfe erst noch bevor. Der Protestantismus rüste sich geistig und moralisch, aber jede Politisierung seines rein religiösen Widerstandes lehne er ab. Die Kirche habe mit der politischen Opposition so wenig etwas zu tun wie Jesus mit der Freiheitsbewegung der Juden gegen den römischen Imperialismus seiner Tage. Jeder Bekenntnispfarrer wisse, daß manche Leute in seine Kirche kommen, um ihre politische Opposition gegen Hitler zu bekunden, aber der Prediger suche sie nicht politisch zu erregen, sondern sie zu christianisieren. Die konfessionelle Opposition lehne jeden Gedanken einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit dem Regime grundsätzlich ab, wünsche eine solche Entwicklung auch in der politischen Opposition nicht und werde eine solche Politik weder fördern noch auch nur billigen. Die Kirche müsse vielmehr durchaus den Standpunkt Luthers beibehalten, der scharf gegen die aufständischen Bauern gepredigt und geschrieben, vorher allerdings ebenso energisch gegen die Fürsten und Ritter Stellung genommen habe. Der Bekenntniskämpfer glaube an eine geistige Ueber-

windung Hitlers. Anders dürfe der kirchliche Widerstand gegen die Entchristlichung durch Partei und Staat nicht verstanden werden. Wer Auswirkungen auf das politische Gebiet erwarte, bewege sich in Illusionen. Da diese Äußerungen von einem der kirchlich radikalsten Bekenntnispfarrer stammen, der seine Meinung zu jedermann frei herauspricht und im Kirchenkampf große persönliche Opfer gebracht hat, ist an ihrer Aufrichtigkeit nicht zu zweifeln. Die mehr gemäßigten Kreise der Bekenntniskirche dürften also der politischen Opposition noch wesentlich kühler gegenüberstehen. Man sollte das bei politischen Berechnungen nie vergessen. Auch rein geistig ist und bleibt die Distanz zwischen den kirchlich kämpfenden Pfarrern und allem, was wir ökonomisch und politisch als Sozialismus anstreben, groß. Insbesondere bestehen, wie dieser im Kirchaustreit so entschlossen handelnde Mann deutlich und kräftig unterstrich, für ihn und seine Freunde alle weltanschaulichen Gründe fort, den marxistischen Sozialismus ebenso abzulehnen wie den rassistischen und heidnischen Nationalsozialismus. Es dürfte gut sein, sich darüber keinen Träumereien hinzugeben.

## Und die Jugend?

Der noch junge protestantische Pfarrer, von dem hier die Rede ist, kommt aus der Jugendbewegung und hat sehr enge Beziehungen zur Hitlerjugend. Es ist weniger wichtig, daß er die moralische Verwilderung und Verrohung der sogenannten Staatsjugend bestätigt. Bedeutungsvoll aber ist, daß er nach seinen Erfahrungen stark den Glauben der Hitlerjugend an Staat und Partei anzweifelt, und zwar nicht nur bei Mitläufern, sondern bei sehr tätigen Mitgliedern. Man könne da zwei Gruppierungen vornehmen: Einmal die jungen Leute, die ihre innere Ablehnung des Systems oder doch ihre Wurschtigkeit durch

Witze und Anekdoten über die führenden Männer äußerten. Es zirkulierten zum Beispiel in der Hitlerjugend Hefte mit den tollsten Geschichten über die nationalsozialistischen Halbgotter. Er habe in mehrere solcher Sammlungen Einblick gehabt und sei insbesondere über den Schmutz erstaunt gewesen, den diese handschriftlichen Anekdoten von Hitlerjungen und Hitlermädeln über das bekannte Freundschaftsverhältnis zwischen dem »Führer« und Leni Riefenstahl enthielten. Hitler selbst sei für diese jungen Leute durchaus nicht sakrosankt. Ernster sei die gewiß kleinere Gruppe von Hitlerjungen, die sich durchaus selbständige politische und soziale Gedanken machten und die sicheren Vertrauenspersonen gegenüber, zumal Pfarrern, auch äußerten. Es sei ganz und gar abwegig, zu glauben, daß die gesamte deutsche Jugend gleichgeschaltet sei und es an dem Oppositionsgeist der Jugend fehle. Der sei vorhanden und lebe im Stillen kräftig. Behindert sei er nur, weil es an jeder Möglichkeit fehle, ihn in größerem Rahmen zu äußern. So erkläre sich auch die Unkenntnis und Verwirrung über die sozialistischen Probleme, für die in den geistig lebendig gebliebenen Teilen der Jugend ein brennendes Interesse herrsche, aber es fehle an jeder Möglichkeit einer klärenden und die Geister anfeuernden Diskussion. Diese Jugend wolle zwar nicht an vergangene Formen anknüpfen, von denen sie übrigens nichts wisse, aber sie sei so kritisch gegenüber dem Bestehenden wie je eine Jugend zuvor. Die großen Marschkolonnen böten nur ein äußerlich geschlossenes Bild. Die große Masse marschiere zwar gedankenlos mit und schimpfe vielleicht, aber überall rege sich in einer Minderheit von denkenden Jungen die Unzufriedenheit und die Rebellion. Wohl sei diese Jugend unter nationalsozialistischem Einfluß, aber sie wolle über Hitler hinaus. H. W.

# Gördeler gegen Schacht

„Nichts weiter als Hokuspokus“

Der Leipziger Oberbürgermeister Gördeler macht sich nicht nur »Gedanken zur Franco-Abwertung«, sondern veröffentlicht sie auch in der »Frankfurter Zeitung«. Wenn er bei dieser Gelegenheit Frankreich Ratschläge erteilt, wie es vermeiden könnte, »selbst wieder die Grundlage der neu geschaffenen Währung zu zerstören«, so kann man annehmen, daß ihm weniger das Schicksal des Franc nahegeht als das der Mark, daß er den Sack schlägt, aber den Esel meint. Es ist die Form, wie selbst ein so hochmöglicher Mann wie der ehemalige Preiskommissar wagen darf, seine Kritik am Dritten Reich ans Licht der Öffentlichkeit gelangen zu lassen.

Gördeler teilt durchaus nicht die in Schachts letzter Rede zur Schau getragene Zuversicht, daß Deutschlands Position um so stärker ist, je länger es sich vom Anschluß an den neuen Währungsblock fernhält, daß ohne Deutschland die internationale Währungsstabilisierung nicht vollziehbar ist und daß seine Zustimmung um so höher bezahlt wird, je länger es seine Mitwirkung versagt. Gördeler fürchtet vielmehr, daß das Umgekehrte eintritt, daß Hitlerdeutschland, von dem Vorteil des Abbaus der Einfuhrhemmnisse und Frankreich oder der Tschechoslowakei besteht.

Früher hat man in Rußland Kanonen für Deutschland gegossen. Jetzt gießt man in Rußland Kanonen gegen Deutschland, und in Deutschland Kanonen gegen Rußland. Früher gab es eine deutsch-russische Freundschaft und — Butter! Jetzt gibt es Feindschaft, statt Freundschaft, Kanonen statt Butter, Handgranaten statt Eier und Gelbkreuz statt Blauband.

Diese Wandlung herbeigeführt zu haben, ist ausschließlich Hitlers »Verdienst«.

## Der zehnte Teil

Vor den Wettkämpfen der SA-Gruppe Niedersachsen in Braunschweig hielt der Stabschef Lutze eine Ansprache und sagte u. a.:

»Unsere Aufgabe als SA ist es immer dafür zu sorgen, daß die deutschen Menschen Nationalsozialisten bleiben. Den zehnten Teil dieser Aufgabe haben wir vielleicht schon erfüllt, den achter größeren Rest noch zu erfüllen.«

Noch neun solche Teile — und Deutschland ist gewesen.

nisse ausgeschlossen und völlig vom Weltmarkt abgeriegelt werden könnte.

Es ist ganz deutlich an die Adresse Schachts gerichtet, wenn er sagt, es sei »nicht angebracht, eine solche Verständigung, an der wir nicht beteiligt sind, leicht zu nehmen.« Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, schreibt er, »daß die an einer solchen Verständigung beteiligten Völker daraus einen Nutzen haben werden. Sie wissen nun, woran sie untereinander sind. Wenn ein solches Einverständnis zwischen allen Ländern erzielt werden könnte, so würde der Nutzen ein ganz außerordentlich großer sein. Alle Risiken, die bisher mit dem Handel von Land zu Land verbunden waren, würden wegfallen. Der Leistungsaustausch zwischen den verschiedenen Völkern kann Schritt für Schritt von Hemmnissen befreit und mit frischer, freier Initiative, die immer dem Fortschritt entgegensteht, erfüllt werden. Ist das schon strafwürdiger Liberalismus vom reinsten Wasser, so ist es geradezu ein Sakrileg am Vierjahresplan des Führers, wenn es dann heißt: »Alle Rohstoffprobleme lösen sich spielend.«

Herr Gördeler müßte nun eigentlich sagen, was Deutschland zu tun hätte, um den Anschluß an die »Verständigung der Völker« nicht zu verpassen. Statt dessen zerbricht er sich den Kopf darüber, »ob Frankreich mit der Währungsabwertung sein Ziel erreicht«, und er hat die größten Befürchtungen, daß es dieser Staat verfehlt, »denn ein Staat, der so bequem handelt, daß er überhaupt keinem Bürger mehr Opfer zumutet, der hebt die guten Wirkungen einer Währungsabwertung wieder auf.« Es ist allerdings eine ganz bestimmte Kategorie von »Bürgern«, denen Herr Gördeler zumutet, Opfer der Teuerung zu sein, während in Frankreich der Staat es sträflicherweise sich »die Sache so leicht macht, daß er der Preissteigerung entsprechend höhere Gehälter und Löhne anordnet.« So leicht« macht es sich allerdings Hitlerdeutschland nicht. »Soweit Gehälter und Löhne an Beamte, Angestellte und Arbeiter des Staates gezahlt werden, wachsen die Ausgaben des Staates.« Es kommt aber »alles darauf an, die Währungsabwertung zu begleiten, mit dem Ausgleich des öffentlichen Haushaltes.« Was für Frankreich gilt, das bereits abgewertet hat, gilt für Deutschland erst recht, das nach Gördelers, allerdings verblühtem, Rat erst abwerten soll. Denn verglichen mit dem Hügel der französischen

Staatsverschuldung ist die deutsche ein Chimborasso, ganz abgesehen von der großen Reserve des französischen Goldschatzes und des gehorteten und geflohenen Kapitals. Daher ist Blum für Gördelers Warnungen nur die Deckadresse, aber der eigentliche Adressat der Führer selbst. Weit mehr als für Frankreich ist Hitlerdeutschland ein Beispiel dafür, daß »immer wieder Völker und Staaten der Versuchung ausgesetzt sind, Ausgaben nicht durch Steuern zu decken, sondern sich das fehlende Geld zu borgen oder es künstlich zu schaffen.« Es gilt weit weniger für die französischen Sicherheitsbons als für die deutschen Arbeitsbeschaffungswechsel, daß »auch das Geld, das der Staat sich leihen will, niemals künstlich hervorgezaubert werden« kann. »Mithin kann der Staat immer nur so viel Schulden machen, wie ihm seine Bürger aus nicht verbrauchten Arbeitsergebnissen zur Verfügung stellen können. Nicht mehr!« »Die Abwertung des französischen Franc ist zwar genannt, aber die der Mark gemeint, wenn gesagt wird, sie könne »nur dann den erstrebten Erfolg haben, wenn Frankreich gleichzeitig seinen Haushalt und seine Schuldenwirtschaft in Ordnung bringe.« Tut es das nicht, verschafft es sich die Mittel zur Betreuung seiner öffentlichen Aufgaben durch vermeintliche Zauberkunststücke, die aber nichts weiter wären als Hokuspokus, so zerstört es selbst wieder die Grundlagen der neu geschaffenen Währung.«

Damit ist gesagt, daß Deutschland der Weg zum Weltmarkt durch seine hoffungslose Verschuldung versperrt ist, aber nicht durch die Verschuldung an sich, sondern durch eine Verschuldung zugunsten einer kapitalvernichtenden Aufrüstung.

»Alles Wirtschaften bedeutet nichts weiter, als daß die menschliche Arbeitskraft aus den Kräften und Stoffen der Natur sich die Erhaltung, Verbesserung und Verschönerung des Lebens erarbeitet und erkämpft. Von dieser Arbeit und von diesem Kampfe kann weder den einzelnen noch ein Volk irgend eine papierne Maßnahme irgendwelcher Art lösen.«

Diese Worte Gördelers sind ein Sakrileg an der geheiligten Wehrfreiheit, denn gerade für sie werden »Kräfte und Stoffe der Natur« zum Zwecke der Vernichtung mißbraucht, anstatt zur »Erhaltung, Verbesserung und Verschönerung des Lebens« genutzt zu werden.

G. A. F.

# Hitler und die Wirtschaftsführer

Ist Hitler unzufrieden mit den deutschen Industriellen? In seinen Reden der letzten Wochen häufen sich verdächtige Bemerkungen, wie zufällig hineingestreut und auch unverfänglich in den Rahmen allgemeiner Kritik gestellt, aber der Spitze sichtlich verärgerte Ton läßt doch aufhorchen.

In Nürnberg: »Nicht die Freiheit oder der Gewinn einiger Industrieller steht zur Debatte, sondern das Leben und die Freiheit der deutschen Nation.«

Auf dem Bückeberg: »Wenn jemand sagt: Ich beurteile meine Tätigkeit nach meinen eigenen Interessen, oder: Ich ermesse den Nutzen meiner Arbeit nach meinem eigenen Vorteil, so muß ich ihm antworten: Mein lieber Freund, Du bist ein ganz gemeiner Egoist!«

Die Reden nachgeordneter Parteigrößen sind noch deutlicher; sie drohen für Vergehen in Export- und Preisfragen mit dem Konzentrationslager.

Kein Zweifel, Hitler ist unzufrieden. Wenn man in Rechnung setzt, wie bedeutsam in den öffentlichen Monologen der Diktatoren die sogenannten »Untertöne« sind, muß es sich um recht hanfeste Gründe handeln, die solch allerhöchstes Mißfallen hervorrufen.

Das Kapitel, das in der deutschen Gegenwartsgeschichte den Titel »Der Führer und die Wirtschaftsführer« tragen müßte, harret noch seines Historikers. Jene primitive Auffassung, die im Nationalsozialismus einzig das Resultat einer Verschwörung der »Weissen von Bochum« und in seinem Chef den bloßen Vollstrecker großindustrieller Zwangsaufträge sieht, dürfte darin kaum ihre Bestätigung finden. In Wahrheit handelt es sich hierbei um ein kompliziertes und widerspruchsvolles Verhältnis von Ursachen und Wirkungen, die einander verleugnen möchten, miteinander ringen und doch — beide »in demselben Boot« — schicksalhaft aneinandergekettet sind.

Es ist deshalb mehr als eine bloße historische Reminiszenz, sich das Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Großindustrie in der zehnjährigen Aufstiegsperiode der braunen Bewegung in Erinnerung zu rufen. Es sind im Grunde die gleichen Spannungen wie damals, die auch heute, wieder offenbar werden.

Eigentlich hätte das Heer der braunen Bekämpfer der Arbeiterbewegung, der Gegner von Demokratie, Parlamentskontrolle und sozialistischer Mitbestimmung, das helle Entzücken der deutschen Großindustriellen hervorrufen müssen. Denn was diese selber seit Jahrzehnten gefordert und ersehnt hatten, die »Gegenrevolte« gegen den »teuflichen Lassalle«, von der der alte Krupp einst hellstichtig sprach, die Todfeindschaft gegen die Gewerkschaften, die Emil Kirdorf vor dem historischen Kongreß der Kathedersozialisten proklamierte, die unversöhnliche Ablehnung des gleichen Wahlrechts und der parlamentarischen Demokratie, die bis in die Denkschriften der letzten Kriegsjahre hinein das A und O der innerpolitischen Stellungnahme der Unternehmervereine waren, das alles erstand in der NSDAP lebhaftig vor ihnen. Mehr als das: es war die direkte Saat der Großindustrie, die da aufging. Denn jenes Grüppchen reaktionärer Wirkköpfe, der »Deutsche Arbeitervereine«, in dem der Reichswehrspitzel Hitler auftauchte und aus dem er sich seine Bandenbewegung schuf, war der Münchener Rest der »Vaterlandspartei« des Weltkrieges, die aus dem Korruptionsfonds des Industriellenverbandes, dem »Nibelungenhort« der Ruhrkönige, geschaffen und am Leben gehalten wurde. Diese Verbindung war mehr als eine Aeußerlichkeit. Drei Jahrzehnte einer zwar unterirdischen aber dafür um so wirkungsvolleren Korrumpierung der deutschen Öffentlichkeit — von der die Kolonialskandale, die Affären um den »Flottenverein« und den »Wehrverein«, die »Tendenzprofessoren«, der Kauf des Schererverlages usw. nur Teildelikte enthüllten — fanden in dem Mann aus Braunau ihren legitimen Sproß und Erben.

Nicht ganz so allerdings, wie ihn sich seine Väter erträumt hatten. Es zeugt für die Instinktlosigkeit der machterprobten deutschen Industriellenkaste, daß sie sich über die Gefahren, die ihr trotz aller Interessensharmonien von Seiten dieser radikalisierten Kleinbürger- und Deklassiertenbewegung drohten, von Anfang an keinerlei Illusionen hingab. Außer dieser: daß es ihr letztlich doch gelingen werde, sie vor ihren Wagen zu spannen und durch die Bresche, die jene geschlagen, dann selber den Weg zur Macht gehen zu können.

Dies geheime Ringen, aus dem Partner

den Betrogenen zu machen, den Mohren, der seine Schuldigkeit zu tun und dann abzutreten hat, dauert bis hart an den März 1933. Wenn wir von der Episode des Ruhrkrieges und seiner bayrischen Sondersituation absehen, lassen sich im Verhältnis Hitlers zur Großindustrie deutlich drei Etappen unterscheiden:

Die erste bis 1929 ist gekennzeichnet durch größte Reserve der Industrieherrn, durch zugeknöpfte Taschen, die nur gelegentlich von Outsidern geöffnet werden, und durch die Drohung Hitlers in Nürnberg, daß man, wenn die Herren ein Bündnis nicht wollen, sich auch einmal anders verhalten könne, was ihn allerdings nicht hindert, das Werben um die Gunst der Kapitalkreise, etwa durch Abhaltung sozialradikaler Gauleiter, beharrlich fortzusetzen;

die zweite von 1929 bis Frühjahr 1932 datiert von jenem Frühstück auf Schloß Hügel mit Schacht und Krupp v. Böhlen, bei dem Fritz Thyssen das zynische Wort von der »Krise, die ich jetzt brauche« spricht; sie ist gekennzeichnet durch den Abmarsch der bankrotten Kohlen- und Stahlkreise, der Thyssen-Vögler-Kirdorf-v. Löwenstein, ins braune Lager, durch die 50-Pfennig-Umlage des Bergbauvereines für die Zwecke der Hugenberg-Hitler-Propaganda, aber auch noch durch die Reserve gegenüber Harzburg, wo die Repräsentanten der großen Industriefamilien völlig fehlen und nur zweit-rangige Generaldirektoren und Syndics Hitler die Hand drücken;

die dritte beginnt im Sommer 1932 mit der Erwerbung der Stahlvereins-Mehrheit durch das Reich, womit sich die Republik in den Augen der erschrockenen Großindustriellen das Todesurteil gesprochen hat; jetzt setzt ein Wettlauf nach München ein und die braunen Emissäre, meist gesinnungstüchtige Syndics, die von ihren »Eindrücken« bei Hitler zu berichten haben, finden in den Chefbüros der großen Firmen interessierte Aufnahme.

Aber gerade hier, im Herbst 1932, auf dem Höhepunkt der braunen Welle, zeigt sich plötzlich ein ungeahnter Widerstand von großindustrieller Seite selber. Die Hintergrundvorgänge dieser Monate sind noch nicht genügend aufgeklärt, aber es besteht kein Zweifel, daß Hitlers Wort von der »ganzen Macht«, die er fordere, den Kern des jäh aufgerissenen Konfliktes darstellt. Im Gegensatz zur Mehrheit der kleinen und mittleren Industriellen zeigen sich die Ganggroßen, die Nichtbankrotten, die Träger der ersten Namen, von diesem Blick in den politischen Abgrund erschreckt und beginnen, sich gegen das Verhängnis zu stemmen. Es sind die Krupp, Siemens, Duisberg-Bosch, ferner Reusch, der Generaldirektor der Haniel, aber auch die Wolff, Klöckner, Poensgen u. a., die noch einmal alle Mienen springen lassen, um dem Stipendiaten ihrer Korruptionsfonds den Weg in die politische Allmacht zu verbauen.

So groß ist ihr Druck, daß die plötzlich aller finanziellen Zuflüsse beraubte Hitlerpartei ohnmächtig in den Bankrott taumelt und sich der tödlichen Gefahr einer Spaltung gegenübersehen. Wie rabiat die Herren nach der Gurgel ihrer Kreatur greifen, beweist das Schicksal des Chefs der »Rheinisch-Westfälischen Zeitung«, des Hitlerfreundes Reismann-Grone, der nach jahrzehntelangen reaktionären Diensten nun von seinen Posten weggefegt wird.

Wie es dann kam, daß dieser Faustschlag des letzten Kadens machtbewußter deutscher Großindustrieller als Luftthieb endete, das ist die Geschichte des Frühjahrs 1933, von der Verschwörung im Hause des Barons Schröder über die Intrigen zum Sturze Schleichers bis zum Reichstagsbrand, ein wahrer Kriminalroman der politischen Hintertreppe. Die Bande wirklicher Gangsters erwies sich den Drahtziehern des großindustriellen Herrenklubs dann doch überlegen.

Wie sich seit dem März 1933 das Verhältnis zwischen Hitler und der Großindustrie auch gewandelt haben mag — die inneren Widersprüche und Spannungen sind die alten geblieben. Gewiß bedeuten alle Spekulationen auf unmittelbare Folgen dieser Differenzen eine sichtliche Vergrößerung der Lage, aber die Auffassung, daß nur eitel Harmonie herrsche, ist kaum weniger illusionär.

Schon das äußere Bild der Beziehungen zeigt mit einer Deutlichkeit eine Bruchstelle. Denn so sehr Hitler durch Zerschlagung der Gewerkschaften und Degradierung der Arbeitsfront zum bloßen Vergnügungsverein, durch Vernichtung des sozialradikalen Flügels seiner Bewegung, durch Ablehnung jeder

Lohnhöhung, subventionierende Aufträge und vieles andere mehr den kühnsten Wünschen der Industriellen entgegenkam, die sonstige Reserve der Herren hat er nicht erweichen können. Aus den ihnen nach dem Umsturz angetragenen »Ehrenämtern« haben sie sich, wie etwa Siemens und Krupp, sachte wieder zurückgezogen und in der politischen Öffentlichkeit befleißigen sie sich kühler Korrektheit. Auch der häufige Umschlag in der Haltung Hitlers, die zwischen generösen Geschenken und plötzlichen Drohungen schwankt, verrät interne Reibungen.

Es ist natürlich, diese zunächst auf wirtschaftlichem Gebiet zu suchen. Der Interessengegensatz zwischen dem, der eine möglichst totale Rüstung anstrebt und dem, der dabei möglichst viel verdienen will, braucht nicht bewiesen zu werden. Auch daß der erstere im Interesse dieser Rüstung autarkistischen Experimenten weniger abgeneigt ist als der, der im Anschluß an die normale Weltkonjunktur das wichtigste Ziel sieht, ist klar. Gar nicht zu reden von den daraus resultierenden Differenzen in Währungs-, Außenhandels- und Preisfragen.

Aber schon der Gegensatz zwischen den Bedürfnissen eines Regimes, das von »Aktionen«, inneren und äußeren, lebt und den Wünschen einer Wirtschaft, die für das Geschäft, das kommende große Konjunkturgeschäft, nichts als Ruhe ersehnt, hebt die Differenzen in politische Regionen. Nicht daß ein aggressiver Machtkurs an sich den Widerspruch der Industriellen auslösen würde, wissen diese doch nur zu gut, wie weitgehend äußere Machtpolitik mit ihren Exportinteressen zusammenfällt. Aber doch nur bis zu dem Punkt, den der Nationalsozialismus — nach dem Gesetz, nach dem er angetreten — immer wieder zu überschreiten droht: dem Punkt, wo die Politik in das Abenteuer mündet.

Ob es die Ural- und Ukraine-Drohungen Hitlers, ob es der ganze Kurs der Ostpolitik, die spanischen Machenschaften, die Bräuterei Englands oder ob es etwa die Ueber-spitzungen des inneren Rassen- und Kirchen-

## Nach satten Friedensjahren!

Die Manöverberichte des ersten Jahres nach der vollen Aufrüstung waren schon ganz auf den Ernstfall abgestimmt. Der Frieden gilt als abgetan. So jubelt der Manöverberichterstatler Dr. Joost im Stile der weiland Helden der Feder im Kaiserlichen Hauptquartier: »Die jungen Soldaten, die in ersten Jahren aufgewachsen sind, wissen, worum es geht. Man braucht es ihnen nicht erst beizubringen, daß das alles dem deutschen Vaterlande gilt, dem Dritten Reich!« Diese verächtliche Ablehnung der Friedenskultur und Erhebung des Kriegsdienstes über alles andere, entspricht zwar nicht ganz den pazifistischen Reden, die jetzt Hitler manchmal zu halten pflegt, ist aber wörtlich das, was in seinem Buche steht. Daß jetzt Schießabzeichen nicht nur für Soldaten, sondern auch für die schulpflichtigen Knaben der Hitlerjugend eingeführt werden, paßt in das kriegerische Bild. Bisher gab es nur das Schießbuch der Hitlerjugend, das Auskunft gab, ob die Bedingungen im Schießen erfüllt sind. Jetzt erhalten die besten Schützen im Kleinkaliberschießen eine besondere Auszeichnung, und zwar das Zeichen der Hitlerjugend mit zwei gekreuzten Gewehren. Diese jungen Leute sollen im Heeresdienst entsprechend ihrer besonderen Befähigung verwendet und rasch befördert werden. Die Wehrmacht ist bemüht, schon in den Knaben die zukünftigen Soldaten nicht nur zu sehen, sondern sie für die Spezialzwecke des Heeres auszuwählen. So lebt die deutsche Jugend nicht mehr für Friedensarbeit, sondern zuerst und zumeist für kommende Kriegsjahre.

## Ein Grund zum Mord

Der »Deutsche Weg« teilt mit:

»Ein hoher Justizbeamter in Düsseldorf wurde kürzlich von seinem Büro weg verhaftet. Grund? Ein Kollege hat ihm einen Artikel vorgelesen, in dem im Anschluß an die Koblenzer Prozesse behauptet wurde, der »unnatürliche« Zölibat sei an all diesen Dingen schuld. Darauf hat der Justizbeamte geantwortet, das sei doch nicht wahr. Man könne doch nicht sagen, daß jeder, der im Zölibat lebe, ein schlechter Mensch sei. Der Führer Adolf Hitler lebe ja auch im Zölibat.... Das war also der Grund! — Der Frau wird mitgeteilt, ihr Mann sei verhaftet.

kampfes sind, die bei den Industrieherrn auf mißtrauische Bestürzung stoßen, wird sich im einzelnen wohl nicht feststellen lassen. Die Tatsache des Mißtrauens und die daraus folgende Distanzierung gegenüber dem Regime ist dagegen unbestreitbar, wenn anders das Abseitsstehen der namhaftesten Großindustriellen einen Sinn haben soll. Wenn Hitler jetzt in Nürnberg »einige Industrieller« der »Nation« gegenüberstellt, so bestätigt er diese Tatsache nur, mit dem kleinen Gaunertick allerdings, die Selbstbehauptungsinteressen seines politischen Ganges den Interessen der deutschen Nation gleichzusetzen.

Nur aus dieser Atmosphäre eines unausgesprochenen aber unüberwindlichen Mißtrauens ist der Vernichtungskampf zu erklären, den Hitler in den letzten drei Jahren, übrigens völlig unbemerkt von der Öffentlichkeit gegen die großindustriellen »Widerstandsnester« geführt hat. Die Auflösung des Zechenverbandes, des Langnamvereins und der sonstigen zahllosen Verbände der deutschen Industriellen, die seit der Jahrhundertwende im politischen Leben des Reiches eine wichtige, manchmal entscheidende Rolle gespielt haben, hat die Industriekönige des wichtigsten Machtinstrumentes beraubt, das sie besaßen: ihres organisierten Zusammenschlusses. Fast mutet es wie eine Ironie der Geschichte an, daß diese reaktionäre Herrenkaste, als sie endlich das Ziel ihrer Wünsche, die Vernichtung der Arbeiterorganisationen, erreicht sah, nun von demselben Schicksal ereilt wurde: atomisiert und isoliert einem allmächtigen faschistischen Machtapparat gegenüberzustehen.

Freilich ein wichtiger Unterschied bleibt dabei und gerade seine Erkenntnis führt zu den Grenzen, die den Differenzen zwischen Hitler und der Großindustrie gesetzt sind. Das ist nirgendwo präziser ausgedrückt als in dem schachtschen Wort, daß »wir alle in einem Boot« sitzen. Denn anders als bei der Arbeiterschaft, deren künftiger Aufstieg nur über die Vernichtung und Ausrottung ihres faschistischen Gegners geht, sind der Führer und die Wirtschaftsführer, über alle Meinungs-differenzen hinweg, doch aneinandergekettet. Keiner kann den andern stürzen, ohne selber in den Abgrund gezogen zu werden. Westfallikus.

Sie bemüht sich tagelang vergeblich ihn zu sprechen. Endlich wird sie an eine Polizeistelle gewiesen, wo sie erfährt, sie könne ihren Mann aus der Anatomie holen. Dort bekommt sie nach langen Bemühungen die Erlaubnis, einen Sarg abzuholen mit dem ausdrücklichen Verbot ihn zu öffnen.

Abgesehen von einer Basler Zeitung, die diese Nachricht gebracht hat, besitzen wir dafür auch noch andere, davon unabhängige Quellen. Wir sind auch in der Lage, die Namen genau anzugeben.

Das ist das Dritte Reich! Im Deutschland von »morgen« wird auch dieser Mordprozeß einen Untersuchungsrichter finden.«

## 80:20 in erster Halbzeit

Auf Grund eingehender statistischer Untersuchungen ist man in Deutschland zu der Erkenntnis gelangt, daß der Hebe Gott zu einem Fünftel für das Weltgeschehen verantwortlich zu machen ist.

Die »Frankfurter Zeitung« druckt die Hitlerrede auf dem Bückeberg ab. Mitten drin der Absatz:

»Werden wir uns dabei einer Tatsache bewußt: Wenn in Deutschland einmal die Ernte nur um 20 Prozent sinkt, dann ist das für unser Volk eine Katastrophe. 20 Prozent weniger Getreide würde für unsere deutsche Ernährung von furchtbaren, kaum vorstellbaren Auswirkungen sein. Was Menschen tun können, um eine solche Katastrophe zu vermeiden, das tun wir in Deutschland. Allein um so mehr empfinden wir darum das Gebot, alljährlich dem zu danken, von dem schließlich diese letzten 20 Prozent abhängig sind.«

20 Prozent — ein Fünftel — eigentlich nicht viel. Dennoch scheint Himmler im Laufe privater Untersuchung zu noch ungünstigeren Ergebnissen gelangt zu sein. Denn er ist soeben aus der katholischen Kirche ausgetreten.

## Fleischverbrauch um 25 Prozent gesunken

Nach den Mitteilungen des Statistischen Reichsamtes betrug der Fleischverbrauch je Kopf der Bevölkerung im August 1936 2,88 kg. Gegenüber dem Juli ist ein Rückgang von 15 Prozent zu verzeichnen. Im August 1934 hatte der Fleischverbrauch 3,9 kg je Kopf betragen. Im Vergleich zu diesem Zeitpunkt ergibt sich demnach ein Rückgang um 25 Prozent.

# Vom Hitler-Christentum

Professor D. Dr. Fritz Lieb: »Christ und Antichrist im Dritten Reich« — Paris 1936

Dem Versuch Hitlers in bezug auf seine Bio- und Historiographie über den eigenen Schatten zu springen, muß begegnet werden; es ist das die wichtigste und vorzüglichste Aufgabe jenes anderen Deutschland, das, in die Fremde getrieben, das bessere Idealbild vom Vaterland im Herzen trägt. Es gilt aber auch für den zeitgenössischen antifaschistischen Schriftsteller-Ankläger, der kommenden Geschichtsschreibung über das Dritte Reich über die lähmende und fälschende Wirkung der Tatsache hinwegzuhelfen, daß die permanente Exaltation unserer Zeit, gepaart mit den Explosionen und Krämpfen, von »Siegens«, »Durchbrüchen« und »Errungenschaften«, allzu leicht in die permanente Apathie und Vergeßlichkeit umschlägt; was gestern noch die Sensation schlechthin war, ist morgen schon in die Rumpelkammer des Gedächtnis der Zeit geworfen. Beiden Aufgaben der antifaschistischen, zeitgenössischen Kampfliteratur dient das Buch des ehemaligen Bonner Theologie-Professors D. Dr. Fritz Lieb: »Christ und Antichrist im Dritten Reich« — dieser Tage im Verlag Du Carrefour Paris (227 S.) erschienen. Es handelt vom sogenannten braunen »Kulturkampf«, vom »Pfarrerkrise« in Deutschland, von der Notwehr der protestantischen Evangeliumgläubigen (der »Bekenntniskirche«) gegen die Macht- und Unterdrückungsansprüche des Hitlersystems im Metaphysischen ebenso wie in den weniger hohen Zonen des Kirchenverwaltungsrechts. Das Buch ist keine vollendete und exakte Geschichtsschreibung dieses fast vierjährigen Ringens mit abgeschlossenen Wertungen und herausgefeilten Perspektiven. Wer könnte sie auch bieten in einer Zeit, die noch nicht die Möglichkeit hatte, die notwendige Distanz zu den Dingen zu gewinnen und weiter erfüllt ist von dem Lärm, den die Entladungen der entfesselten Kräfte täglich noch verursachen? Aber das Liebsche Buch ist eine wichtige, für den künftigen Historiker schlechterdings unentbehrliche Dokumentensammlung, zuverlässig in seiner — natürlich nur relativ möglichen — Vollständigkeit, unzweideutig und erfrischend klar unter dem Leitmotiv echt kämpferischer Anti-Hitler-Gesinnung.

Die »Bekenntniskirche« hat keinen politischen Kampf durchzuführen wollen. Wenigstens bis vor ganz kurzer Zeit ging es im Kluge der Pastoren nicht um die allgemeinen sittlichen Ideale, um die die Menschen und die Völker Blut- und Gutsopfer zu bringen bereit sind; weder um die Freiheit und den Rechtsstaat schlechthin, weder um den Haß gegen Polizeiwilkkür, weder um den Protest des Waffenlosen gegen den, der sich das Mordwerkzeug angeschafft hat. So ist denn auch Liebs Buch von presbyterialer Zuständigkeit weit mehr die Rede, als von der Schande des Kassetts, von kirchenrechtlicher Verfassungskniffligkeit sehr viel mehr als von dem allgemeinen Moratorium des Rechts, aber auch des praktischen Christentums in Hitlerdeutschland. Schon die dem Laien befremdliche Nomenklatur der kirchlichen Verwaltungswelt ist spröde und steif. Auch da, wo ein Charakter schon hin und wieder durchbricht, klappen bald wieder die Akten, staubwolkenerregend, über dem Phänomen zusammen und ersticken es. Nur vereinzelt sind die reinen Politica in Liebs Buch verstreut, es sei denn, daß man das tapfere Werk selbst nicht als eine sogar recht wichtige Politicum ansehen soll; wo man sie allerdings antrifft, sprechen sie die allerbedeutendste Sprache über den wahren Befund der Diktatur! Wie vieles davon ist längst wieder vergessen worden; und der künftige Historiker dankt es dem Bonner Theologen aus dem berühmten Kreis um den untadeligen Karl Barth — beide waren übrigens Mitglieder der Sozialdemokratie und sie haben die Folgerung aus dieser ihrer Gesinnung durch die Zuflucht im Exil gezogen — daß der Tatbestand der Hitlererei, der sachliche und vor allem auch der menschliche, wenigstens in diesem kirchlichen Sektor des allgemeinen Geschehens der kommenden Auswertung und Abrechnung erhalten blieb und bleibt. Wahlos einige Stichproben dieser Politica!

Da ist der Herr Oberpräsident von Hitlers Gnaden a. D., Pg. Kube! Gewiß, heute

weiß man, daß ihn wegen ganz schlimmer Korruption sogar der »Führer« fallen lassen mußte; der hohen Aemter ist er auf jeden Fall seit einiger Zeit entkleidet. Aber wer weiß eigentlich noch, daß derselbe Herr Kube es war, der am 6. Juni 1932 die »Glaubensbewegung Deutsche Christen«, als SA Jesu Christi vorgesehen, in Berlin ins Leben rief? Dieser Wilhelm Kube ist an seinem höchst schmutzigen persönlichen Lebenswandel — und er säße noch heute im hohen Staatsamt, wenn ihn nicht seine geschiedene Frau bei Hitler verpetzt hätte — schließlich gescheitert. Aber wie trefflich charakterisiert sich ein System mit solcher »Auslese der Tüchtigen« selbst, wenn dieses selbe Subjekt noch am 14. Juni 1935 — als Autor mit oberpräsidialer Würde — im »Märkischen Adlers« folgenden Artikel schreiben durfte: »Ich möchte aus der Heiligen Schrift der Juden, deren Lektüre ich nur jedem Nationalsozialisten empfehlen kann, drei Beispiele für dieses vorbildliche jüdische

drastischeres Politicum, entschieden aber auch noch mit Kriminalität gemischt, ist die schon so gut wie völlig im Zeittrubel untergegangene Affäre Beye. Der Pg. Beye wurde mit einunddreißig stattlichen Lenzen seines Lebensalters Landesbischof von Braunschweig im Namen des »Führers«. Er unterschlug schon nach Wochen Kollektengelder en masse, wo er sie kriegen konnte. Betrugsprozesse also am Braunschweiger Landgericht, freilich alles so im Füsterton, wie es die Rücksicht auf den »nationalsozialistischen Staat« in so heiklem Falle der würdigen Justitia gebietet! Man sprach also den hoffnungsvollen Hierarchen »wegen mangels an Beweisen« frei und zwar, immer nach dem Urteil, »mit Rücksicht auf seine Persönlichkeit«, ohne ihn freilich »als unschuldig anzusehen«... Nur ein hitlerdeutsches Gericht ist solcher Akrobatik fähig.

Oder wenn dämmerts noch, daß einmal der Herr Bierschwale, den der Bischof

Monate Gefängnis für den Pfarrer; den Leidensgefährten ergibt es kaum besser. Wie dumm und wie gemein enthüllt hier Hitlers Werk seinen im Grunde neurasthenischen und epileptischen Grundzug!

In irgend einem Zusammenhang zitiert Lieb das starke Wort, das irgendwo in Deutschland in einer Abwehrversammlung bedrängter Bekenntnis-Pfarrer fiel: »man müsse in dieser Zeit auf Christus mehr hören, als auf die Ehefrau...« Professor Lieb ist wohl mit uns einer Meinung, wenn wir sagen: diese tragische Diskrepanz zwischen Ideal und Glück, zwischen Mann und pater familias, zwischen Leben und Wohlbehagen spukt wahrhaftig nicht nur hinter den Gardinen von sauberen Pfarrhäusern! Sind es nicht mindestens ebenso viele Tausende von »Marxisten« als es Hunderte von tapferen protestantischen Geistlichen gibt, die nebenher auch noch Väter, auch noch Gatten, auch noch Freunde und Nachbarn sind? Müssen sie nicht — meist sogar unter viel schwereren Umständen — ebenso wählen zwischen »Christus« und der »Ehefrau«? Für die leidenden Pfarrer rührt sich das Gewissen eines ganzen Oekumenischen Konzils — wer erhebt für jene die autoritative, die anerkannte, die »honorige« Stimme des Mitgeföhls und des Rechts?! Bitter, darüber nachzudenken! Freilich, nur für uns bitter. Für die anderen —? Schimpflich! F. E. Roth.

## Prügelphilosophie

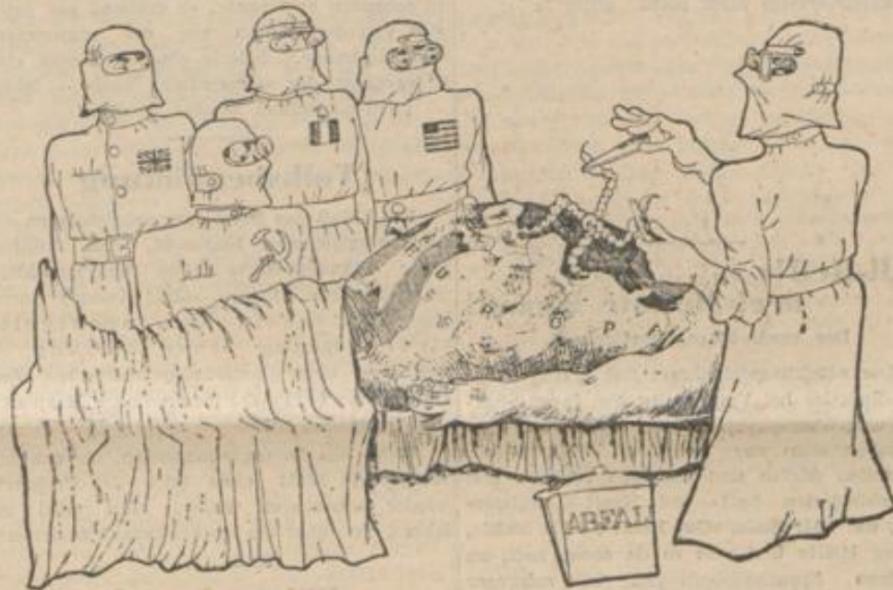
»Differenzierte tierhafte Ueberlegenheit und »handgreifliche Ordnung«.

Wilhelm Stapel, Reklamechef der Hanseatischen Verlagsanstalt, Hamburg, schreibt im »Volkstum«, Monatschrift für deutsches Geistesleben, Seite 202/203, wörtlich:

»Erste Schlußfolgerung: im heidnischen Bauernadel Islands wie im christlichen Ritteradel Deutschlands, die beide, wenn auch nicht reinrassig, so doch sauber geordnet waren, galt Prügelstrafe gleichermaßen als ehrenrührig und unziemlich. In den arischen und semitischen Erziehungsinstituten des städtischen, rassistisch sehr gemischten Mittelmeerpublikums kam man nicht ohne Prügelstrafe aus. Zweite Schlußfolgerung: Die dritte Schulklasse der Bezirksschule 937 in Berlin O ist nicht auf dieselbe biologische und soziologische Ebene zu stellen mit den drei bis zehn Kindern einer vornehmen Bauern- und Wikingerfamilie auf Island oder eines ritterlichen Burgherrn im mittelalterlichen Deutschland. Asoziale Rüpel und edle Wildfänge, das ist zweierlei. In einer rassistisch schwer gemischten und ungeordneten Kinderschar ziehen die Kinder ohne Ehrgefühl einen gemeinen Vorteil daraus, wenn sie den Kindern mit Ehrgefühl gleich behandelt werden. Drittens: Ein fünfundzwanzigjähriger Vater, eine 22jährige Mutter sind ja eigentlich selbst noch Kinder. Sie prügeln nicht ihre Kinder, sondern sie prügeln sich mit ihren Kindern. Da ist das »Prügeln« keine »Strafe«, sondern eine naive Temperamentsäußerung einer in gelegentlichem Zorn entbrannten Seele. Ich finde das ganz lustig. Feiner ist es freilich, nicht zu prügeln. Wohlgezogene und edle Eltern (und Lehrer) werden »sich nicht gehen lassen«. Aber wehe den Kindern, deren Eltern und Lehrer so wohlgezogen sind, daß sie sich kein Gewitter mit Blitz und donnerndem Einschlag erlauben, dafür aber die Luft ungerührt lassen und die Kinder mit einer Atmosphäre peinigender, die dauernd mit pädagogischer Elektrizität überladen ist...»

Viertens: ... Es gibt aber verdorbenem Blut gegenüber Fälle, in denen nur die physische, die geradezu tierhafte Ueberlegenheit des Stärkeren, der Ordnung statuiert, die Ordnung handgreiflich herstellen kann. Auch im hochentwickelten, differenziertestem Menschentum können zuweilen primitive Lebensnötigungen aus der Juraformation oder der mittleren Eiszeit

## Der Krebssschaden



Familienleben in Erinnerung bringen: 1. Die Tatsache, daß der Jude Lot mit seinen Töchtern Kinder zeugte; 2. Das Verhalten des einen Sohnes Noahs, als sein alter Herr(!) voll des süßen Weines war; 3. Die Vergewaltigung einer Tochter des sauberen Königs David; des »Sängers« des Herrn, durch ihren sauberen Bruder. Diese Ehrenliste ließe sich ... usw. usw.»

Dieser Kube ist als Erwachsener noch ein Tertia-Flegel. Wie soll man es anders ausdrücken?! Jetzt ist das im Dritten Reich auch amtlich bestätigt. Aber damals? Noch vor einem halben Jahr —? Oder wer weiß noch etwas davon, welche Figur einmal Herr Oberheid, der von den Nazis bestimmte Bischof von Köln-Aachen, war? Seine Herrlichkeit — er war zugleich einmal eine Zeit lang »Chef des Stabes« beim Reichsbischof und ließ das erst auf dringlichste Vorstellungen Gesinnungsverwandter hin fallen, um sich dann schlichter »Vikar des Reichs« zu titulieren — dauerte genau vom 5. Oktober 1933 bis zum 15. Juni 1934. Herr Oberheid hatte vor dem Krieg einmal ein paar Semester Theologie studiert, dann aber bei Kriegsausbruch das Moratorium der Bergpredigt auch persönlich wahrgenommen und sich später als Freikorpsmann betätigt. Zuletzt landete er im Ramschladen des Inflationsgiganten Stinnes als eine Art Syndikus. Als er dann nach dessen Pleite das Theologiestudium wieder aufgenommen hatte, bestand er das erste Examen nur mit fremder Hilfe; beim schwierigeren zweiten fiel er durch; und erst nach der »Machtergreifung« (mittlerweile war das Herrchen alter Kämpfer und protektionsempfangsberechtigt geworden) konnte diese kuriose Vorbereitung auf den geistlichen Beruf erfolg- und siegreich von ihm beendet werden. Der Kirchenpräses von Mülheim an der Ruhr und der dortige Ortspfarrer haben ihm einmal öffentlich bestätigt, daß er als »Schürzenjäger und Trinkere« in der Gemeinde den überlasten Leumund gehabt habe... Ein noch

Hoßenfelder von Brandenburg zu seinem »Reichskulturwart« im von ihm geführten Bunde »Deutscher Christen« gemacht hatte — ein ehemaliger Häusermacher, der das Vermögen seiner Frau in Höhe von 120.000 Mark versoffen hatte — piff-paff »beurlaubt« werden mußte, weil er in Wechselwälschungen aus seiner »Reichskulturwart«-Beschäftigung verstrickt war? Wer erinnert sich noch des Verlagsleiter der »Deutschen Christen«, des Pg. Grevemeyer, der seinen Drucker um 20.000 Mark betrog.

Streiflichter, wenn auch nur spärliche, fallen in Liebs Dokumentensammlung auf das Nebeneinander des »anderen«, des stummen und des besseren Deutschland unter dem Bleigewicht der Diktatur und in der Stickluft des Gestapo-Staates. Da stehen eines Tages vor dem Schweriner Sondergericht sieben angesehene Geistliche, ein Domprediger unter ihnen, wegen »Herabwürdigung des nationalsozialistischen Staates«. Ihr Verbrechen ist, daß sie für die Hitleroppositionelle Bewegung »Evangelium und Kirche« von der Kanzel und in Flugschriften sich eingesetzt haben — gegen die Nazi-Organisation, die bereits die Kirche okkupiert hatte. Einem der Angeklagten, dem Pfarrer Holtz, wirft der Staatsanwalt vor, daß »er sich für die Gewerkschaften interessiert habe... Was hatte der arme Pastor verbrochen? In einem Rundschreiben hatte er gelüßert, durch die gewaltsame Zerschlagung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie seien viele Menschen innerlich heimatlos geworden, die auf ein Wort des Pfarrers heute zu hören bereit seien; er (Holtz) meine, daß die Kirche den Dienst des Evangeliums gerade an diesen Menschen nicht vernachlässigen dürfe. Darauf in seiner Schlußrede der Staatsanwalt: »Hah, es bestehen da also Zusammenhänge! Die Kräfte, die Deutschland gestürzt haben, sind auch heute an der Arbeit und suchen die Werkzeuge. Die internationalen Mächte wollen Geschäfte machen! Bums! Sechs

# Der methodische Wahnsinn

auftauchen. Dann aber muß der »rachehafte« Schlag unmittelbare Reaktion sein. Eine aus pädagogischen Erwägungen »vorgenommene, berechnet angewandte Prügelstrafe ist ekelhaft. Darin stimmt mein Gefühl zu, Zorn darf nicht zu einer pädagogischen Theorie gefrieren.«

In Dachau hieß es anders. Noch etwas mittlere Eiszeit gefällig?

## Unanständiges am Grabe

Schwarzschild über Wendel.

Das »Neue Tagebuch« hat es fertiggebracht, einen Nachruf auf Hermann Wendel zu veröffentlichen, der zu einer scharfen Zurückweisung zwingt. Es hat unter Bruch des Redaktionsgeheimnisses mitgeteilt, daß Wendel unter einem Pseudonym sein Mitarbeiter gewesen ist. Nicht genug damit, versichert es, »das Beste« habe Wendel doch nur für das »Neue Tagebuch« geschrieben, weil er bei der sozialdemokratischen Presse auf gewisse »Spießigkeiten« habe Rücksicht nehmen müssen. Auch sei er nach jener Rede, die mit dem Ruf »Vive la France!« schloß, für die Partei ein toter Mann gewesen.

Alles was das »Neue Tagebuch« über Hermann Wendels Verhältnis zur Sozialdemokratischen Partei und ihrer Presse zu erzählen hat, ist Lüge. Wendel war der sozialdemokratischen Presse stets ein willkommener Mitarbeiter. Wie er schrieb, wurde gern gedruckt; »Rücksichten« brauchte er nicht zu nehmen und hat sie nicht genommen. Seine berühmte Reichstagsrede wurde in der ganzen Partei ohne Unterschied der Richtung als eine tapfere Tat begrüßt und machte ihn, den Dreißigjährigen, zu einer der beliebtesten und angesehensten Persönlichkeiten. Die Behauptung, er wäre wegen dieser Rede irgendwie angegriffen oder zurückgesetzt worden, ist glatt aus den Fingern gesogen. Wendel war stets Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, er machte nicht einmal — was heute natürlich kein Vorwurf wäre — die Spaltung mit, noch weniger dachte er daran, sich in die Parteilosigkeit eines Kathetisierenden Literatentums zurückzuziehen. Wer an seinem Grabe nichts Besseres zu tun weiß, als die Partei zu verleumden, der er Zeit seines Lebens verbunden war, besudelt auch ihn.

## Die Schleimfabrik

»Bitte tausendmal . . . Heil Hitler! — Zu götig, Herr Rat!«

In dem braunen Jugendblatt »Der Deutsche Student« klagt ein Mitarbeiter:

»Er kommt immer auf dieselbe Art und Weise durch die Tür des Amtszimmers, dieser Herr X oder Y oder Z: weitaus nach vorn schwenkt er die Melone in die Luft, freundschaftlich grinsend (als ob man an seinem Stammtisch allwöchentlich den Skat mit ihm spielte), ein Wortschwall ergießt sich: „Guten Tag, Heil Hitler. Entschuldigen Sie götigst . . . wenn Sie gestatten wollten . . .“ Und nach jedem Wort, das man selber sagt: Zu götig, Herr Regierungsrat, zu götig!« Ich sage ihm zum drittenmal, daß ich nicht Regierungsrat sondern erst Referent bin. „Oooh . . . bitte tau-

In Berlin hat eine Hochschullehrertagung über das Thema »Das Judentum und die Rechtswissenschaft« stattgefunden. Die von der Reichsfachgruppe »Hochschullehrer« im NS-Rechtswahrerbund ausgehende Veranstaltung bot ein Bild beschämenden geistigen Tiefstandes eines einst in der ganzen Welt hochangesehenen Zweiges der Deutschen Wissenschaft. Freilich: wo man einst in Berichten auf Häufungen berühmter Namen stieß wie Liszt, Kahl, Kohler, Bierke, Laband, Staub usw., da findet man jetzt allein noch den Namen eines erbärmlichen Mamelucken, des Staatsrats und Professors Dr. Carl Schmidt, der die Morde vom 30. Juni 1934 mit dem klassischen Argument verteidigt hat: die Handlungen des Führers wirkten »rechtschöpferisch«.

Wie eine Klucke ihre Küken, so umflatterte Herr Schmidt die Kongreßteilnehmer, indem er laut Bericht der gleichgeschalteten Presse »nach jedem Einzelreferat mit einigen Sätzen Ergänzendes oder Verdeutlichendes bemerkte, d. h. Zensuren und Ruffel ausstellte. Es ist denn auch kein Wunder, wenn nach dem gleichen Bericht »von vereinzelt älteren Professoren abgesehen, auf der Rednerliste und unter den Hörern vor allem die jüngere Generation vertreten war.« Die dann erleuchteten NS-Weis-

heiten produzierte wie z. B. ein Diskussionsredner, der behauptete, Walter Rathenau habe die Weimarer Verfassung vor ihrer Einbringung erst einem jüdischen Freimaurer-Orden zur Billigung vorgelegt. — Was Herr Schmidt keineswegs etwa als unsinnige Phantasie zurückwies, sondern zum Anlaß einer Philippika gegen die Freimaurerei nahm.

Trotzdem scheint der Biedere einigemal von den wenigen »älteren Herrn« in arge Verlegenheit gebracht worden zu sein. Er rettete sich dann in Phrasen wie die: Man stehe ja erst am Anfang der Erkenntnis, in zehn Jahren würde alles schon ganz anders aussehen (bestimmt, Herr Schmidt! D. Red.), ein total neues Geschichtsverständnis werde sich herausstellen usw. usw.

Ein alter Konservativer fühlte sich offenbar dadurch verärgert, daß Schmidt nicht nur den Liberalismus, sondern auch den Konservatismus des 19. Jahrhunderts als Freimaurerprodukt abgetan hatte. Der Redner verteidigte u. a. den Juden Julius Stahl, bekanntlich Theoretiker und Mitbegründer der Konservativen Partei, an dessen ehrlichen preußisch-nationalen Wollens kein Zweifel statthaft sei. — Schmidts Antwort: Das möge sein; er — Schmidt — jedenfalls sei außerstande zu beurteilen,

was ehrliches Wollen bei einem solchen »Ghettojuden« sei. — Abgemacht, Seele!

Einen späteren Einwand, daß in den Büchern jüdischer Rechtswissenschaftler wie Dernburg, Laband, Staub, Heinitz, Franke, Wolf usw. doch so manche richtige und billigenwerte Ansicht vertreten sei, begegnete Schmidt mit folgender »Widerlegung«: Es sei unter allen Umständen ein Unterschied, ob die gleiche Ansicht von einem Juden oder von einem Deutschblütigen geäußert werde. Es sei deshalb inhaltlich gleichgültig, was ein Jude sage, und ob er zufällig dasselbe sage wie ein Deutschblütiger. Wichtig sei vor allem zu wissen, hier spricht ein Jude. Dann wisse man auch, daß die Auseinandersetzung etwas ganz anderes sei, als wenn man es mit einem Volksgenossen zu tun habe.

Es wurde entsprechend beschlossen, die öffentlichen und Studienzwecken dienenden Bibliotheken von allen Werken jüdischer Verfasser zu reinigen. Neuaufgaben dieser Werke sollen von den Verlegern nicht mehr herausgebracht werden. Jüdische Rechtsgelehrte dürfen ausschließlich zu dem Zweck zitiert werden, die »jüdische Mentalität aufzuzeigen« usw. usw.

In Summa: geistiger Totalbankrott einer einst glänzenden Wissenschaft. Dr. X.

sendmal, aber bei Ihrem Amt, man darf dann doch bald gratulieren.«

Zum Donnerwetter! Nein, ich entschuldige nicht, und ich gestatte nicht! Und, in drei Teufels Namen, ich bin zu solcher Schleimerseele auch nicht „gütig!“



## »All-Heil!« — drei Monate Kazett!

Der verdächtige Sportlergruß.

Der »Reichssportführer« hat verfügt, daß alle Sportler bei Veranstaltungen ihren Sparten und überhaupt bei jeder sportlichen Gelegenheit sich nur noch mit »Heil Hitler« begrüßen dürfen und daß alle schönen und eingebürgerten Saft- und Kraft-Ejakulationen, wie »All Heil«, »Gut Holz!«, »Gut Naß!«, »Berg Heil!« und was es da sonst noch an sonoren Sprachschöpfungen in schwerer Menge gibt, nunmehr strengstens verpönt seien. »Zwar handele es sich zum Teil um alten Volks- und Brauchtum« — konstatierten die »Münchener Neuesten Nachrichten«; dennoch könne der Nationalsozialismus auf den Ausdruck der entsprechenden und vorgeschriebenen Gesinnung nicht verzichten. Dieses »dennoch« ist zwar ein bißchen unlogisch an dieser Stelle. Logischer aber

wird es vielleicht dadurch, daß man sich klar macht, wie in der Tat ein kräftiges »Gut Holz!« dem oder jenem Zeitgenossen und Reichsbürger drüben bisher die Seele blank zu scheuern vermochte; es entband auf jeden Fall von dem Kotau vor der regierenden Gangsterbande. Schade also — wieder eine Gelegenheit der »Opposition« nach — leider — allzu-deutschem Muster weniger!

## Volksbeglückung

Ein Erlaß des Reichsinnenministers an die Landesregierungen bestimmt, daß künftig jeder Standesbeamte allen neuvermählten Paaren neben Hitlers »Mein Kampf« auch einen Gutschein zum unentgeltlichen Bezug einer Zeitung — natürlich einer nationalsozialistischen Zeitung — auf die Dauer eines Monats zu überreichen habe.

Wehe den Zwangsabonnenten, die das unerwünschte Blatt etwa nach der Probezeit wieder abbestellen wollen. Man wird sie lehren, sich über die Hochzeitgabe zu freuen!

## Führerdeutsch

Wenn der Reichsstudentenbundführer seiner Gefolgschaft etwas mitzuteilen hat, so tut er das in folgender Weise:

»Für alle jungen Studenten, die im Wintersemester 1936/37 ihr Studium an einer deutschen Hoch- oder Fachschule erstmalig aufzunehmen gedenken, ordne ich an, sich mindestens drei Wochen vor Beginn des Semesters bei der Studentenbund-

gruppe ihrer für das Studium gewählten Hoch- oder Fachschule zu melden.«

(»Deutsche Allgemeine Zeitung«, Nr. 262)

Das ist nicht der Stil irgendeines beliebigen deutschen Studenten, es ist das Deutsch des Studentenführers. Für den etwa noch im Amt befindlichen Professor, der etwas dagegen einzuwenden hat, wird angeordnet, sich zu melden. Er fliegt.

## Ein Volk — ein Glaube

Die »Frankfurter Zeitung«, Nr. 508, meldet:

»Der bisherige Schriftleiter der Wochenzeitung »Durchbruch«, Hans Kurth, und der frühere Schriftleiter der Monatschrift »Deutscher Glaube«, Dr. Herbert Grabert, die beide, wie berichtet, nach ihrer Abgabe aus persönlichen Gründen kürzlich aus der »Deutschen Glaubensbewegung« ausgeschieden sind, werden in einem Flugblatt für eine neue Gruppe, der sie den Namen »Deutschgläubige Bewegung« gegeben haben.«

Nun fehlt nur noch eine Gruppe »Bewegliche Deutschgläubigkeit«, dann muß selbst Runen-Wotan vor soviel tiefstinniger Einigkeit kapitulieren.

## Die unfruchtbare Ehe

»Der Nationalsozialismus ist der Sieg der Vernunft über die Unvernunft. In allen unseren Entschlüssen fragen wir unseren Instinkt und unseren Verstand und paaren diese beiden Faktoren. Wenn sie zu einem gleichen Entschluß kommen, so handeln wir nach ihm.«

(Lay in seiner Rede auf der Jahrestagung der Arbeitsfront zu Nürnberg.)

## Der Goethe-Preis

Berlin, 6. Oktober. (DNB.) Der Führer und Reichskanzler hat mit Urkunde vom 19. September 1936 dem Göttingen Medizinalrat Prof. Dr. Ferdinand Huseppe in Dresden in Anerkennung seiner Verdienste um die Pflege der Leibesübungen die Goethe-Medaille für Kunst und Wissenschaft verliehen.

Es kam ein Herr von mittlerer Figur zum Wart für Propaganda und Kultur und fragte lächelnd, was vonnöten wäre, wenn man den Goethe-Preis für sich begehre?

»Sind Sie ein Jude?« — Der Gast erstaunte baß.

»Nicht daß ich wüßte. Doch was soll mir das?« —

»Verbüte mir, so unverschämte zu fragen! Wieviel können Sie von hier bis Nürnberg tragen?« —

»Bis Nürnberg? Tragen? Ei warum nicht gar!«

Der Braune drauf: »Gepäcksmarsch, is doch klar.

Sie sind im Kopf wohl manchmal nicht ganz richtig?

Na, macht nischt, Kopf is überhaupt nicht wichtig.

Was wichtig is, hört unterm Halse auf — wie ist's mit Hochsprung, Weitsprung, Dauerlauf?

Auch nicht? Ja, Männecken, um Wotans Willen.

könn' Sie die Jugend wenigstens drauf drillen?«

Der Gast entsetzt: »Was soll mir rohe Kraft? Ich sprach vom Preis für Kunst und Wissenschaft.« —

»Klar, Wissenschaft! Was taten Sie im Leben, um Deutschlands Wehr- und Muskelkraft zu heben?«

Der Gast: »Als ich auch meinen Faust erschuf . . .«

— »Faust is schon besser! Boxer von Beruf?« —

»... da rang ich hart, und noch die Morgenröte

fand mich am Schreibtisch oft. Ich heiße — Goethe.«

Der Wart sprang auf und drückte einen Knopf.

»Was, Goethe! Kenn ich nich. Pomuchelskopf!«

Und zu den Wachen, die ins Zimmer piffen: »Verhaften! Hat am Wehrgeist sich vergriffen.«

Die Wachen spähten stauend ringsumber, der Wart saß da — sonst war das Zimmer leer.

Worauf sie einen Dringdrahruf ertießen: »Gewissen Goethe — auf der Flucht erschließen!«

Hugin

## Laden ist gesund

»Was ist eigentlich aus Hänschen geworden?« fragte ich meinen alten Schulfreund, der von Deutschland aus über Indien gereist war, um seine lieben Emigranten in Frankreich zu besuchen, und damit wohl alle Spu-

ren hinlänglich verwischt hatte. »Hänschen? Ja, weißt du, das ist so eine Sache. Er ist doch Komiker. Kennst du seine Karriere seit 1933? Ich kannte sie nicht, Ich erinnerte mich nur, daß Hänschen sich gleichgeschaltet hatte, lange ehe die Not es gebot. »Alter Kämpfer vermute ich? Geht ihm glänzend, nicht? Uebrigens konnte er was. Ich hab über den kleinen Dicken gelacht, immer wieder — bis er so um 1931 herum sein patriotisches Herz entdeckte und anfing, alle umwohnenden Völkerschaften genau so geistlos zu karrierieren wie es die Stimmungsmacher im Hinterland Anno Weltkrieg taten. Damals verlor ich ihn aus den Augen.«

»Ja, also . . .« Mein Freund stand auf und zog die Vorhänge zu, wie immer, wenn er ein Kapitel Drittes Reich zum Besten geben wollte, und ich machte ihn — wie immer — darauf aufmerksam, daß als Gegenüber nur ein paar Birken in Frage kämen. »Die patriotischen Witze«, begann er, »das war das erste, was Hänschen von der Speisekarte strich. Erst die Verpottung der »Katzmachers«, die kerndeutsche Südtiroler durchaus in Makkaronifresser verwandeln wollen. Freundschaft mit Mussolini, du verstehst. Er bekam einen fürchterlichen Krach mit der Gauleitung. Blieben immer noch die Ballade vom polnischen Lausoleum und der russische Knutenfox. Was aus der Polennummer wurde, kannst du dir denken. Der Korridor war darin erwähnt, und ehe Hänschen von der neuen deutsch-polnischen Freundschaft auch nur Wind bekommen hatte, saß er schon dem Gaukulturwart gegenüber und mußte Abbitte leisten. Der Hinweis des Dicken, daß gerade diese

Nummer in den nationalsozialistischen Versammlungen vor Hitler immer so erwünscht gewesen sei, machte die Geschichte nur noch ärger. Was blieb nun noch von dem Programm? Der Kautenfox. Aber mit Rußland wurde gerade ein Handelsvertrag abgeschlossen, und außerdem wirkte jeder Hieb auf die bolschewistische Diktatur wie eine offene Meckerei gegen das Dritte Reich. Das Publikum jedenfalls faßte es so auf und grünte dankbar. Wieder ein unsaufter Wink von oben, diesmal an den Direktor, und Hänschen mußte sein Engagement vorzeitig wechseln.

Dann kam eine Zeit, da waren Italien-Witze wieder zugelassen, dann wurden sie aufs neue verboten und dafür Russenwitze erlaubt, soweit sie nicht gegen die Diktatur gerichtet waren, jetzt sollen sogar Anspielungen auf die polnische Treulosigkeit ganz gern gesehen werden — aber Hänschen hatte genug vor allemem. Er wurde unpolitisch. Zuerst kramte er alte Studentenscherze aus der Kiste. Weißt du, Marke: Betrunkener am Laternenpfahl? »Wenn, hupp, jetzt, hupp, aber mein Haus nochmals — hick — vorbeikommt, da spring ich rein!« Das Publikum lachte zwar, aber der Reichsstudentenführer übergab der Presse einen geharnischten Aufsatz, in dem gegen die »Verhöhnung des studentischen Geistes« aufs schärfste Front gemacht wurde. Die Studenten von heute seien treue Gefolgsmänner des Führers und wenn sie auch immer mal wieder Bier tranken . . . na, und so weiter.

Hänschen schaufelt die Studentenscherze in die Kiste zurück und verliebte sich in das

## Vielleicht — vielleicht auch nicht

Hoffnungsloser Dialog

»Anfrage: Ich habe Forderungen aus einem baren Darlehen an einen Bauern. Diesem Bauern geht es gut, aber er zahlt weder die Zinsen noch das Darlehen zurück. Jetzt ist das Besitztum des Bauern zum Erbbhof gemacht worden. Kann ich gegen den Bauern vorgehen? Oder welcher Weg besteht, wenn dies nicht möglich ist?

Antwort: Nach den Bestimmungen des Erbbhofgesetzes ist eine Vollstreckung in den Erbbhof nicht möglich. Die Klage hat aus diesem Grunde wenig Zweck im Augenblick. Es wäre aber vielleicht gut, wenn Sie die Adresse des Kreis-Bauernführers ausfindig machen würden, welchem dieser Erbbhof untersteht. Dem Kreisbauernführer würden Sie zweckmäßig Ihren Anspruch vortragen und beantragen, daß er die Zwangsvollstreckung in den Erbbhof zuläßt. Auf diese Art und Weise ist es vielleicht möglich, daß der Bauernführer Ihren Schuldner zu Zahlungen anhält.

Aus dem Briefkasten des »Westens«, Berlin, Nr. 273.

## Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste

Hitler und die Literaturgeschichte.

Zwei holländische Gelehrte, die Professoren van Stockum und van Dorn haben eine »Geschichte der deutschen Literatur« veröffentlicht, deren zweiter Band soeben erschienen ist und von der Zeitschrift »Gelungene Arbeit« in Berlin in der Kritik rühmend erwähnt wird. Nein, der deutsche Geist ist — trotz allem — für die übrige Welt noch nicht verstorben. Auch wir stellen es mit Freuden fest. Immerhin macht zum Schluß ihrer kritischen Buchbetrachtung die genannte Hitler-Stelle folgende Feststellung: »Ein kurzes Schlusskapitel ist (in dem Stockum-Dorn'schen Werk) der Dichtung des Dritten Reichs gewidmet, abwartend und verständnisvoll...« Wir haben es immer gesagt: die vernünftigsten Leute stammen seit jeher aus Holland.

## Weniger Gehalt — mehr Soldaten

»Niemand wird sagen, daß die Besoldung der unteren Gruppen zu hoch sei. Ja, man wird zugeben müssen, daß sie in manchen Fällen kaum ausreichend ist, wenn trotzdem hierin noch keine Änderung eingetreten ist, dann deshalb, weil es in Deutschland heute ungleich größere und noch wichtigere Dinge gibt. Was nützt aller Glaube und alles Schaffen, wenn die Früchte dieses Schaffens durch irgendwelche Fehlleistungen weggenommen werden können? Deshalb hat der Führer neben unser Wollen und unser Schaffen den Soldaten gestellt.

Stabsamtsleiter des Hauptamtes für Beamte in der Reichsleitung der NSDAP Nr. 1 auf einer Beamtenkundgebung in Königsberg am 27. September 1936.)

Schifferlied von Isa Vermaeren. Man grüßte, dudelte und piffte es damals in ganz Deutschland. »Und der Koch in der Kombüse, diese vollgefressene Sau, hat die Hände im Gemüße und den Achtern im Kakao«, so ähnlich hieß wohl die eine Strophe. — Das Lied wurde verboten wegen »Verunglimpfung eines Berufsstandes«. Der Schiffer nämlich und vielleicht auch der Köche. Ueberhaupt die sogenannte Ständeschre! Was die dem Dicken zu schaffen machte, kannst du dir kaum vorstellen. In einer Stadt rebellierte die braune Schusterinnung, in einer anderen die Schneider, in einer dritten die Bäcker. Und seine Ulkereien waren doch so harmlos gemeint. Uebrigens geht es heute noch genau so zu. Schau mal, hier hab ich gerade eine Berliner Zeitung. »Der Westens« vom 10. September dieses Jahres. Hör zu!

»Die Krise der Komik. Wer ist schuld daran, daß wir zu wenig lachen? Das Publikum ist gegen die Tatsache, daß sich Berufsorganisationen usw. über die verschiedensten Witze wegen »Gefährdung der Ständeschre« beschweren und daß zum Schluß nur ein kümmerlicher Rest von Schwiagemutter-Witzen übrig bleibt (weil die noch nicht organisiert sind und sich darum nicht wehren können), genau so machtlos wie der Komiker selbst. Aber darum will es doch lachen.

Natürlich will es lachen, und angeblich soll es sogar lachen, denn gerade die Nazipresse, der vor den allgemeinen Stirnrundeln manchmal bange wird versichert immer wieder in Fettdruck: »Lachen ist gesund!«

Man erinnert sich als Deutscher noch mit Schrecken, welche Verheerungen für die deutsche Sache es in der Welt anrichten konnte, als nach Ausbruch des Weltkrieges eine noch nicht einmal sehr begabte und erfinderische Entente-Propaganda sich lediglich auf die deutsche »wissenschaftliche« Kriegsphilosophie der Aera Treitschke und Nachfolger zu berufen brauchte, um der zivilisierten Menschheit den »Boche« als Ungeheuer schlechthin vorzuführen und ihre gewaltigen moralischen und auch materiellen Mittel zur Bekämpfung dieser Bestie — im Namen der Zivilisation! — locker zu machen. Der alldeutsche General Bernhardi brauchte damals nur beliebig zitiert zu werden, um nachzuweisen, wie angeblich alle Deutschen den Krieg nicht, wie andere Nationen, als eine schreckliche Katastrophe, als die Ausflucht der Ratlosigkeit beim Versagen anderer politischer Mittel empfanden, sondern ihn gewissermaßen in ihre Kosmologie eingeführt hatten: Ernst Haeckel wollte einmal mit dem Darwinismus, dessen Hauptinterpret er in Deutschland wurde, gleich eine naturwissenschaftlich fundierte Theorie des Kapitalismus geben; der große Britte, von dem die neue eigentliche Erkenntnis ausging, hatte sich da wohl gehütet, weiter zu schlußfolgern, als es erlaubt war. Aber typisch deutsch war eben Haeckels Bemühen, dem nüchternen Erkenntnis Schritt gleich die moralisierend-spekulative rechte Weihe und Würze zu geben, auch wenn vollendeter Unsinn dabei herauskam. Mit der deutschen Kriegspanegyrik, die den Deutschen bereits so ungeheuer geschadet hat, ohne auch nur das geringste Plus zur deutschen Sache im Ernstfall zulegen zu können, verhält es sich ähnlich: nämlich geradezu gottisch dumm!

Es wäre gelacht, wenn das Hitler-System — Restauration und Mischung von alldeutsch plus Pöbel — einer anderen Mentalität huldigen sollte! Der ganz moderne Krieg ist zwar keine kommensurable Größe im Hinblick etwa noch auf den »frisch-fröhlichen« von Anno siebzigundneunzig mehr. Die aus der Luft bombardierte Zivilbevölkerung, mitten im Hinterland in Trümmer gelegte, durch Giftgase verödete Großstädte und ähnliches werden zwar nicht ein völlig neues Novum, aber immerhin noch ein Novum bleiben, von dem man keine rechten Vorstellungen hat. Auch nicht der militärische Fachmann. Aber wenn schon — das wäre noch schöner, wenn nicht Michel, der angebliche Träumer, in der Lage wäre, auch hier schon moralische, ja geradezu weltanschauliche Rosinen zu ernten! Der Krieg, wie er auch sei, muß kathedralschmackhaft gemacht werden! Sehen wir zu, wie das jetzt im Dritten Reich im Hinblick auf die schauerlichste Perspek-

— Nur worüber lachen, das ist die Frage. Nicht zuletzt eine Frage für den Komiker. Hänchen wollte es ganz geschicklich machen und wurde Tierstimmen-Imitator. Nicht übel machte er das, der Dicke, grunzte, quakte, gackerte, bellte und brummte wie eine ganze Menagerie. Dabei wippte er auf seinen kurzen Beinen auf und nieder, und sein Eschlein federte wie ein Gummiball. Wie meinst Du? Die Tiere werden doch wenigstens nicht auf ihre Würde gepocht haben? Nein, sie selber nicht. Aber wenn du vielleicht denkst, nun wäre alles gut gewesen... haast du eine Ahnung! Eines Tages, als Hänchen, von einer Belfallssalve des Publikums verfolgt, in die Garderobe kam, wartete da ein Herr auf ihn. Zivilkleidung, aber dem Auftreten nach ein Uniformierter inkognito. Er sei doch der Komiker, nicht? Ja, stotterte der Dicke angstvoll, dar sei er. »So, so. Sehr interessant, Ihre Bekanntschaft zu machen, sehr interessant. Was haben Sie sich eigentlich gedacht, als Sie so grunzten? Wenn das vielleicht eine Anspielung auf die vorübergehende Schweinefleisch-Verknappung sein sollte... Unterbrechen Sie mich nicht! Sie werden wohl selbst gemerkt haben, wie das Publikum reagierte. Ich möchte Sie nur gewarnt haben, nur gewarnt. Heil Hitler! Raus war er, und Hänchen strich erst die Schweine, dann vorsichtshalber auch die Hühner und die Kälbchen vom Programm.

Was er nun machte? Ehe ich aus Deutschland abreiste, geschah ihm gerade sein vorläufig letztes Malheur. Er kam auf die Bühne und blieb stumm. Vollkommen stumm. Erst

# Göring beruft sich auf Darwin

## »Natürliche Zuchtwahl« durch Luftbombardements — Die alldeutsche Kriegsmetaphysik in moderner Hitler-Ausgabe

tive des kommenden Krieges, die noch die ungeahntesten und kaum zu übersehenden Möglichkeiten enthält — im Hinblick auf den Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung geschieht und wie damit bereits im voraus der prächtigste Stoff für eine neue Auflage der Weltgreuelpropaganda — und dieses Mal sicherlich mit hundertfach größerem Recht als 1914 — geliefert wird!

Einer aus dem engsten Kreis der zumeist ein wenig fragwürdigen Gestalten um Göring, denen er rund um die deutsche Kriegsmetaphysik verschafft hat — der Major im Reichsluftfahrtministerium Erich Suchsland untersucht im wissenschaftlichen Organ des »Reichsausschusses für Volksgeundheit« (es ist das »Archiv für Rassen- und Gesellschaftskunde«) die »Verluste der Zivilbevölkerung durch den Luftkrieg« für jenen Fall, hinsichtlich dessen sich das Dritte Reich ja so »erzweigt« weiß. Die Pointe des lehrreichen Beitrages zur Zeitgeschichte? Kinders es ist ja alles halb so schlimm! Gewiß wird ein bißchen knallen, wenn die feindlichen Flieger über Berlin oder Hamburg kreisen werden. Gewiß gibt es — trotz Luftschutz — Panik und anderes; »feige Selbstsucht löst alle Bande der Scheu und Rücksicht« und »Hysteriker, kommunistische Saboteure (!) und feindliche Agenten stiften Verwirrung an«. Aber im selben Augenblick setzt auch die absolut segensreiche Wirkung des Ganzen ein — so segensreich, daß, gäbe es kein Luftbombardement aus zwangsläufig-politischen Gründen, die — Gott sei Dank — freilich unser »Führer« schon rechtzeitig beschaffen wird, man eigens eines aus dem Handgelenk erfinden müßte. Denn:

»Die Wirkung der Auslese der Erbanlagen geht (bei der Bombardierung der Zivilbevölkerung aus der Luft) etwa folgendermaßen vor sich: Die Besten kommen von allein auf das, was zu tun ist. Diese werden am wenigsten zahlreich sein. Die Nächstbesten werden die von öffentlicher und privater Seite gegebenen Winke und Anweisungen befolgen. Der Unterschied dieser beiden Klassen liegt nun darin, daß die einen von selbst wissen, was sie zu tun haben, die anderen erst eines Anstoßes bedürfen. Von da ab schwächt sich der Schutz des einzelnen in dem Maße ab, wie die geistige Möglichkeit abnimmt, die gegebenen Winke und Anweisungen für sich nutzbar zu machen. Bis er bei dem geistig Minderwertigen — hier in weitestem Sinne gemeint und nicht auf sogenannte Geistesranke beschränkt — mehr oder weniger ganz aufhört und unzumutbares Verhalten überwiegt. Die Verluste werden also in ganz großen Zügen — Ausnahmen im Einzelfall natürlich immer wahrnehmbar — in dem Grade zunehmen, wie die Begabung abnimmt. So bedauerlich vom rein menschlichen Standpunkt jeder einzelne Verlust ist, die Rassenhygiene kann mit dieser Verteilung einverstanden sein!«

Ja wirklich — von der speziellen Rassenhygiene bis zum allgemein wissenschaftlichen Bewußtsein und von diesem wieder bis zur Ethik und sogenannten »Weltanschauung« ist's bekanntlich nur ein Sprung. Und ist die Rassenhygiene so einverstanden mit dem Krieg, ist es klar, daß der Moralphilosoph und der Sittenprediger nicht ausweichen kann: Es lebe also der Krieg als Wohltäter, Erlöser und Befreier!

Wie gesagt, der preußische Parade-General Bernhardt hat das schon viel früher einmal gründlich systematisiert. Das Neue an der hitlerdeutschen Version ist nur, daß nicht mehr die schneidige Reiterattacke, sondern die verpestete Lunge und die unvorschriftsmäßig getragene Gasmaske jetzt zur »natürlichen Zuchtwahl«, zur darwinistisch-wissenschaftlichen »Auslese der Tüchtigen« führt. Schade nur, daß nicht alle Deutsche Majore im Reichsluftfahrtministerium sein können; dann bedürfte es gar nicht so vieler Worte. So bleibt der bittere Rest, daß der trainierte Fußballspieler, weil er sicherlich besser auf »Winke und Anweisungen« laufen kann, der Nation erhalten bleibt, während der berühmteste Professor hinter seinem Schreibtisch, »minderwertig«, wie er nun schon mal im Laufen sein wird, alle Chancen der Ausrottung für sich hat. Aber vielleicht verstehen wir nur falsch? Vielleicht ist wirklich der Fußballspieler und Torkeeper der entschieden wertvollere nationale Typ und das edlere Objekt der Rassenhygiene im Dritten Reich?

## Wer betreibt »Greuelpropaganda«?

Das dritte Heft von »Volk im Werden« (herausgegeben von Ernst Kriek, Armanenverlag, Leipzig, bringt als Illustrationsprobe zu E. Wahl, »Deutsche Vorzeit«, Leipzig 33), — und zwar in einem Aufsatz über »Das Problem der Thingstätte, der die Erneuerung des Theaters und des Zirkus auf völkischer Grundlage behandelt, — eine »Opferszene«, die so aussieht:

Das Bild stellt dar, wie etlichen Sklaven, Gefangenen oder sonstigen Untertanen vor ehrfurchtig stauendem Publikum an der Leiche des »Führers« von Anno Drusus und Tiberius — Köpfe, Arme und Beine abgehakt und der Vollständigkeit halber auch der Bauch aufgeschlitzt wird; alles dies als Opfer und ehrendes Angedenken für den auf dem Scheiterhaufen verbrannten »Führer«. Man sieht, der 30. Juni ist schon dagewesen; allerdings unter anderen Umständen. Umwelt dieses Bildes steht ein Waschzettel über eine ähnliche »Germanenkunde«, worin es u. a. wörtlich heißt: »... Nicht unterhalten will das Buch, sondern erziehen... zur freudigen Nachfolge in ihrer Art... für die Festigung unserer Weltanschauung. Sie wird die unumgängliche Grundlage der gesamten deutschen Volkserziehung.«

lachten die Zuhörer unsicher, dann zischten sie, dann traten die Hausschlüssel in Funktion. Stimme aus dem Publikum: »Was sind Sie eigentlich? Komiker oder...« Hänchen mit tiefem Ernst: »Tierstimmenimitator!« — Das Publikum: »Wir hören nichts, wir hören nichts!« Hänchen: »Ich imitiere soeben einen Fisch. Mehr traue ich mich nicht.« — Wohl noch nie hatte er einen solchen Heiterkeitserfolg gehabt.

Am nächsten Abend trat er nicht auf. Man sagt, er sei verhaftet und ins Kazett gebracht worden. Ich glaube übrigens nicht einmal, daß der Kerl wußte, wie gut sein Witz war, eigene Witze haben ihm nie gelegen. Er hat sich wirklich nicht getraut und war vor Angst und Aerger schon halb verrückt. Sogar sein Bäuchlein war geschmolzen. — Das ist alles.

»Du lieber Himmel,« sagte ich, und ich hatte geglaubt, daß gerade er als einziger von unserer alten Klassenklippe im Glück säße — alter Kämpfer, der er war.

»Na ja,« gab mein Freund zu, »daß er alter Kämpfer war, ist immerhin kein Schade. Da findet er im Kazett unter den Mitgefangenen wenigstens ein paar Bekannte.

K—a.

## Die Bauchwelle als Wertmesser

Zeitgemäße Umfrage.

Der erste Vorsitzende des Professoren-ausschusses für Leibesübungen in Bonn hat kürzlich an alle Hochschulen Deutschlands eine Umfrage gerichtet: »Wie viele Akademiker, die auf dem Gebiete des

Turnens und des Sportes große Erfolge erzielt haben, haben auch in der Forschung Bedeutendes geleistet?« Davon war, wie das Fachorgan »Der Sportarzt« jetzt traurig mittelt, leider Gottes »die Ausbeute geringer, als erwartet worden war... Wirklich? Aber dann muß hier schleunigst der liebe Gott korrigiert werden! Denn nach der Theorie des »Führers« sichert Deutschland nur die Zahl möglichst gelungener Bauchwellen den ihm gebührenden Platz an der Sonne.

## Nicht schön, aber laut

»Gegenüber den Chören von der Eigenart vorkriegszeitlicher »Liedertafel«- und »Harmonie«-Vereinigungen steht in der Bewegung eine Front junger Mannschaft, die — vom gesangsmästischen Standpunkt aus gesehen — nicht immer sehr edel und besonders klangschön, dafür aber mit gläubiger Hingebung an das Lied ihr Bekenntnis formt.

Erich Lauer, Bearbeiter des »Liederbuches der NSDAP«, in der »Preußischen Zeitung«.

## Gleichgültig, wohin...

»Ostpreußen marschiert hinter Adolf Hitler, gleichgültig, wohin! Wir Nationalsozialisten marschieren als Knechte der Idee und als Knechte des Führers, aber auch als Herren dieser Provinz, und das, Parteigenosse Dr. Ley, ist unser Stolz! Melden Sie dies dem Führer!«

(Gauorganisationsleiter Dargel in seiner Begrüßungsansprache an Ley auf dem ostpreußischen Parteitag in Königsberg, September 1936.)

# Arbeitsbuch in der Kriegswirtschaft

## „Wie ein Militärpaß“ — Die Mobilmachungsvorbereitung

Als im Februar 1935 als Neuauflage der 1918 abgeschafften Gesindeordnung ein »Arbeitsbuch« zur Einführung gelangte, ist von uns bereits auf die Gefahren verwiesen worden, die mit dieser Registrierung der Arbeiter und Angestellten für den letzten Rest ihrer Bewegungsfreiheit entstanden war. Inzwischen ist mit dem 1. September 1936 die obligatorische Einführung des Arbeitsbuches vollständig durchgeführt worden und es kann nach den neuesten Verlautbarungen an der kriegswirtschaftlichen Bedeutung dieser Einrichtung kein Zweifel mehr bestehen.

Im zurückliegenden Weltkrieg war die systematische Mobilmachung der Arbeitskräfte erst nachträglich durch das »Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst« im Dezember 1916 erfolgt. Das Dritte Reich dagegen versetzt bereits heute die deutsche Arbeiterschaft in einen Kriegszustand. Das damalige Gesetz verpflichtete jeden männlichen Deutschen vom 17. bis zum 60. Lebensjahr, soweit er nicht zum Dienst in der bewaffneten Macht einberufen war, zum vaterländischen Hilfsdienst. Der Personenkreis umfaßte alle Tätigkeit bei Behörden, in der Kriegsindustrie, in der Landwirtschaft, in der Krankenpflege und in kriegswirtschaftlichen Organisationen oder in Betrieben zur Volkerversorgung.

Mit der Einführung des Arbeitsbuches ist im Dritten Reich die Kontrolle und Verteilung aller Arbeitskräfte nach militärischen Gesichtspunkten angeordnet worden. Die sozialen Schutzbestimmungen aus dem Hilfsdienstgesetz wie die Schaffung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen und Schlichtungsämtern zur Lohnfestsetzung sind unter der Hitler-Diktatur selbstverständlich in Wegfall gekommen.

Die Deutsche Arbeitsfront veröffentlicht im »Recht der Arbeit« eine Erläuterung, die zwar nur von den »Pflichten der Beschäftigten aus dem Arbeitsbuch« spricht, doch ist der kriegswirtschaftliche Zweck und Zwang ohne weiteres erkennbar. Von dem Besitz eines Arbeitsbuches werden die Beschäftigtenverhältnisse in der Seeschifffahrt und in der Heimarbeit ausgenommen. Diese Ausnahmen erklären sich daraus, daß die Seeschiffahrtsbesatzungen bereits heute ein Seefahrtsbuch, die Heimarbeiter ein Heimarbeitsbuch besitzen müssen.

Ein Arbeiter oder Angestellter darf nur noch beschäftigt werden, wenn er im Besitz eines ordnungsgemäß geführten Arbeitsbuches ist. Lehrlinge und Volontäre unterstehen den gleichen Pflichten. Die genaue Kontrolle der Persönlichkeit erfolgt bereits bei Stellung des Antrags auf Ausstellung des Arbeitsbuches, der zwar beim Arbeitsamt erfolgen muß, doch ist von der Ortspolizeibehörde eine Bescheinigung über die polizeiliche Meldung beizubringen. Die Polizei ist also von Anfang an eingeschaltet, ganz abgesehen davon, daß im heutigen Deutschland auch das Arbeitsamt weitgehend mit polizeilichen Befugnissen ausgestattet ist. In der Erläuterung der DAF wird der Fragebogen nicht erwähnt, der bei Antragstellung auszufüllen ist.

Dieser Antrag muß u. a. Angaben enthalten, in welchen Betrieben der Arbeiter oder Angestellte in den letzten 10 Jahren gearbeitet hat. Es wird also sofort festgestellt, ob der Antragsteller früher in Eigenbetrieben oder Verwaltungen der sozialistischen Arbeiterbewegung tätig gewesen ist.

In einer Rubrik ist zu vermerken, ob »landwirtschaftliche Kenntnisse« vorhanden sind. Schon vor der Ausstellung des Arbeitsbuches ist auf Grund dieser beruflichen Nachforschung die Verweisung von Industriearbeitern in die Landwirtschaft möglich. Die Verweisung aus bestimmten Berufen ist für das Regime wesentlich. So wurden z. B. in Hamburg bei Ausstellung der Hafentarbeitskarten schon 1934 von 16.000 Hafentarbeitskarten allein 4000 die Karten für diesen Beruf entzogen.

Bei dem früheren Gesindebuch ist häufig das Buch vernichtet worden, wenn schlechte Zeugnisse enthalten waren. Das neue Arbeitsbuch dagegen wird nur erneuert, wenn es vollständig ausgefüllt oder unbrauchbar geworden ist. Ein Verlust des Buches ist glaubhaft nachzuweisen.

Neben dem Antragsformular kann das Arbeitsamt ergänzende Fragen stellen, die »richtig und vollständig« zu beantworten sind.

»Schließlich kann das Arbeitsamt das persönliche Erscheinen des Antragstellers anordnen.«

Der Unternehmer ist verpflichtet, zu mel-

den, ob der Beschäftigte »besondere Fertigkeiten, z. B. Führerschein für Kraftfahrzeuge oder für Flugzeuge erworben hat.« Die Bedürfnisse der motorisierten Armee werden sichtbar. Das Arbeitsbuch ist in jedem Falle die Voraussetzung für eine Beschäftigung. Mißliebige Arbeiter können durch Einziehung des Arbeitsbuches jederzeit ausgeschaltet werden oder sie bekommen eine entsprechende »erzieherische« wirkende Tätigkeit zugewiesen.

Die DAF erklärt ausdrücklich, daß zur vollen Ordnungsmäßigkeit des Buches die Angaben über das »Berufsleben« des Antragstellers gehören.

»Ein Arbeitsbuch, daß vom Arbeitsamt geschlossen und noch nicht wieder geöffnet ist, ist nicht als ordnungsgemäß ausgestelltes Arbeitsbuch anzusehen.«

Zusammenfassend erklärt die DAF, daß es sich bei der Einführung der Arbeitsbücher um die »Sicherung einer zweckentsprechenden Verteilung der Arbeitskräfte« handelt. Mit dem Hilfsdienstgesetz war die Freizügigkeit der Arbeiter beschränkt, aber gleichzeitig eine Lohnregulierung durch das staatliche Schlichtungswesen bestimmt worden. Mit dem Arbeitsbuch dagegen wird die Freizügigkeit unterbunden, ohne daß irgend welche Korrektur unzureichender Löhne möglich wäre. Ein Beispiel aus Goslar läßt bereits die ganze Bindung erkennen, die dem Arbeiter erwächst. Das Arbeitsamt in Goslar hat schon 14 Tage nach

Einführung der Arbeitsbücher an alle Unternehmer ein Rundschreiben gerichtet. Darin wurde aufgefordert, sämtliche Arbeitsbücher von Arbeitern oder Angestellten einzusenden, die ihre Arbeitsstelle vorzeitig verlassen hatten. Mit den »kontraktbrüchigen«, von denen das Rundschreiben sprach, waren vor allem Landarbeiter gemeint, die zur Verbesserung ihrer karglichen Löhne auf einen anderen Hof hinüberwechseln wollten. Das Rundschreiben war vom 15. September 1936. Wenn der Jahreskontrakt des Landarbeiters im Spätherbst abgelaufen ist, besteht bekanntlich überhaupt keine Möglichkeit mehr, den Arbeitsplatz zu wechseln.

Da ohne Arbeitsbuch keine Beschäftigung möglich ist, der Beschäftigte aber verpflichtet ist, das Arbeitsbuch bei Aufnahme der Arbeit dem Unternehmer zu übergeben, so hört tatsächlich jede freie Regelung des Arbeiters oder Angestellten auf dem Arbeitsmarkt auf. Die Nazis haben es fertig gebracht, den Arbeitsmarkt »abzuschaffen«. Der Arbeitseinsatz für die Kriegswirtschaft ist auf allen Gebieten vorbereitet. Für Hitler-Deutschland ist der Kriegsausbruch keine Ueberraschung. Die Arbeiter und Angestellten werden gleich den Soldaten an die Stellen befohlen, die dem Zweck der Aufrüstung und Kriegsführung entsprechen. Der Arbeitspaß, so wurden die Arbeitsbücher anfangs genannt, soll nach einer treffenden Äußerung in der Zeitschrift »Der deutsche Volkswirt« wie ein Militärpaß wirken.

## Wahrheit in der Lügen-Statistik

### Das deutsche Volkseinkommen 1935

Bei der Beurteilung der offiziellen statistischen Angaben über das deutsche Volkseinkommen im Jahre 1935 muß die jüngst ergangene Verfügung Berücksichtigung finden, nach der jede Statistik vor ihrer Veröffentlichung dem Propagandaministerium vorgelegt und von ihm gebilligt werden muß. Die vom Statistischen Reichsamt in Nr. 18 von »Wirtschaft und Statistik« mitgeteilten Ziffern sind also so zusammengestellt, daß sie dem Propagandabedürfnis der nationalsozialistischen Diktatoren Rechnung tragen.

Dennoch müssen wir uns an dieses statistische Material halten. Es betrug danach das gesamte deutsche Volkseinkommen:

Jahr	Gesamtsumme	je Kopf
1935	57,3 Milliarden M.	857 Mark
1934	52,6	801
1932	45,2	696
1929	76,1	1187

Es hat demnach das Volkseinkommen gegen 1934 um 4,7 Milliarden Mark oder um 9 Prozent zugenommen. Da das Saargebiet neu in die Berechnung einbezogen worden ist, ergibt sich in Wirklichkeit nur eine Steigerung um 8 Prozent.

Seit dem schlimmsten Krisenjahre 1932 ist eine Vermehrung um 12,1 Milliarden Mark zu verzeichnen. Aber hinter dem Jahre 1929 bleibt das Volkseinkommen noch immer um 19,8 Milliarden Mark zurück. Das ist um so bemerkenswerter, als die Produktion im Jahre 1935 den Stand von 1928, wo das Volkseinkommen 75,4 Milliarden Mark betrug, bereits überschritten und die Höhe von 1929 beinahe erreicht hat. Auch die Jahresdurchschnittszahl der Arbeitslosigkeit ist nach den amtlichen Angaben der Nazis mit wenig über 2 Millionen nicht wesentlich höher als 1929, wo sie 1,913.000 betrug.

Es ist sonach im Jahre 1935 — immer nach der Nazi-Statistik — fast der gleiche Stand der gesamten industriellen Produktion wie im Jahre 1929 zu verzeichnen, es ist auch der Umfang der Arbeitslosigkeit nach den nationalsozialistischen Quellen im Durchschnitt nicht höher als damals — aber das Volkseinkommen ist um 19,8 Milliarden Mark oder um mehr als 25 Prozent weniger als damals!

Diese ungünstige Entwicklung des Volkseinkommens, die nicht die kapitalistischen Unternehmer und nicht das Riesenheer der nationalsozialistischen Bonzen zu spüren haben, drückt sich auch in dem Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung aus. Auf einen Angehörigen des deutschen Volkes fällt im Jahre 1935 ein um 330 Mark geringeres Einkommen als 1929.

Eine Zusammenrechnung der verschiedenen Gruppen des Unternehmereinkommens (Land- und Forstwirtschaft, Handel und Gewerbe, Einkommen aus Kapitalvermögen und

Gesellschaftseinkommen) ergibt folgendes Bild:

Jahr	Unternehmereinkommen in Milliarden Mark
1935	16,4
1934	15,9
1932	12,7
1929	21,7

Das Unternehmereinkommen ist seit 1932 von 12,7 auf 16,4 Milliarden Mk., also genau um 30% gestiegen. Und das Einkommen der Arbeiter, Angestellten, Rentner und Arbeitslosen? Ziehen wir ihre Einnahmequellen zusammen (Löhne und Gehälter, Renten und Pensionen):

Jahr	in Milliarden Mark
1935	39,9
1934	37,3
1932	35,0
1929	52,9

Innerhalb dieser Gruppe des Volkseinkommens ist insofern eine Verschiebung eingetreten, als von den Renten und Pensionen im Jahre 1929 (9,3 Milliarden Mark) den Arbeitslosen und Sozialrentnern ein viel größerer Teil zufließt als 1935, wo von den 7,7 Milliarden Einkommen aus Renten und Pensionen auf sich ein prozentual viel höherer Anteil entfällt als drei Jahre vorher. Berücksichtigt man diese Veränderung, so ergibt sich, daß von 1932 zu 1935 das Einkommen der Arbeiter, Angestellten, Arbeitslosen und Rentner um höchstens 10 Prozent gestiegen ist.

Steigerung des Unternehmereinkommens um 30 Prozent — Zunahme des Einkommens der arbeitenden Bevölkerung nur um 10 Prozent, das ist das Ergebnis der nationalsozialistischen Lohn- und Sozialpolitik.

In dem gleichen Zeitraum, nämlich von 1932 zu 1935, hat sich die Zahl der Beschäftigten um 3,3 Millionen auf 16,5 Millionen, also um mehr als 25 Prozent erhöht. Die Zahl der Arbeitslosen soll sich nach den offiziellen Angaben im Jahresdurchschnitt von 5.602.000 auf wenig über 2 Millionen gesenkt haben. Der Produktionsindex ist um 88 Prozent gestiegen — aber das Arbeitereinkommen hat sich nur um 10 Prozent erhöht.

Selbst eine zurechtgestutzte Statistik kann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß es der kapitalistischen Schicht im Dritten Reich gut geht, während die arbeitende Klasse an den Entbehrungen und Leiden der Wirtschaftskrise zu tragen hat.

## Der Betrieb als Kaserne

Dr. Ley hat den Betrieb mit der Ernennung der Belegschaft zur »Gefolgschaft«, des Unternehmers zum »Betriebsführer« zu einer Art mittelalterlichen Ritterburg oder zu einem Fronhof machen wollen. Die »Betriebsführer« haben seinen Erfindungen nicht

das genügende Interesse entgegengebracht, vor allem deshalb, weil die von ihm angeordneten Betriebsappelle zu viel von der kostbaren Arbeitszeit wegnahmen. Die mit Hitler auf Gedeih und Verderb verbundene Leitung der Wehrmacht hat die neue soziale Situation in Deutschland viel besser verstanden als der von Schnaps und mittelalterlichen Träumen ewig trunkene Ley. Im Blatt des Dr. Schacht, dem »Deutschen Volkswirt« (v. 2. X. 36) deklariert sie an hervorragender Stelle den Betrieb als das, was er im neuen Deutschland wirklich ist, nämlich als Kaserne und erweist den mit absoluter Gewalt ausgestatteten »Wirtschaftsführer« ihre Reverenz als den Kollegen vom benachbarten Kasernenhof. Major Dr. Hesse vom Reichskriegsministerium äußert sich in seinem Artikel »Der Wirtschaftsführer im Dienste der Wehrwirtschaft« folgendermaßen:

»Es genügt, nur einige große wirtschaftliche Unternehmungen vor Augen zu haben, um sich darüber klar zu werden, daß ihre Organisation, lange, bevor es einen Begriff der Wehrwirtschaft gab, eine wehrwirtschaftliche war und weit stärker heute ist, als dies vielfach gesehen wird... Sie verlangt eine sichere, feste und klare Führung, sie ist niemals als der Bau von Stahl und Beton, in dem Maschinen ihre Arbeit finden (!), zu verstehen, sondern sie ist nicht anders als die Kaserne erst von ihren Menschen her zu begreifen... Der Anordnung geht immer ein entsprechender Appell voraus. Er braucht ebensowenig, wie dies bei einer militärischen Formation der Fall sein muß, besonders ausgesprochen zu werden. Er heißt Pflichterfüllung und wird als solche in der täglichen Arbeit von Millionen deutscher Menschen befolgt. In ihr geht es nicht minder hart zu und werden die Menschen nicht weniger angefaßt als im militärischen Leben. Vielleicht hat ja auch gerade darum die allgemeine Wehrpflicht, ihre Verlängerung auf zwei Jahre eine besondere wirtschaftliche Bedeutung, daß sie diese Menschen der Einordnung, der Gewissenhaftigkeit, der Pünktlichkeit, kurz gesagt, der schlichten Pflichterfüllung mitziehen hilft und so der Wirtschaft einen entscheidenden Dienst zu leisten vermag.«

Der Drill soll also jede selbständige geistige Regung auch für das spätere Leben hinwegwischen und der Wirtschaft das graue, stumpfe und gleichgültige Menschennmaterial liefern, das nichts anderes mehr als »schlichte Pflichterfüllung im Namen der eigenen Ausbeutung« kennt.

## Hitler will den Frieden

»Pazifismus aber, und äußert er sich auch nur im unbeweisbaren Hoffen und Menschheitsideologien, mag menschlich allenfalls als Ausfluß einer hoffnungslosen Dekadenz verständlich sein, politisch endet er immer, gewollt oder nicht, in Landesverrat.« (Der »Westen«, Berlin, Nr. 266.)

## Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphic«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kc 1,40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kc 18,—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kc 2,— (Kc 24,— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0,30 (3,60), Belgien: Belg. Frs. 2,45 (29,50) Bulgarien Lew 8,— (96,—), Danzig Guld. 0,45 (5,40), Deutschland Mk. 0,25 (3,—), Estland E. Kr. 0,22 (2,64), Finnland Fmk. 4,— (48,—), Frankreich Frs. 1,50 (18,—), Großbritannien d 4,— (Sh. 4,—), Holland Gld. 0,15 (1,80), Italien Lir. 1,10 (13,20), Jugoslawien Din. 4,50 (54,—), Lettland Lat. 0,30 (3,60), Litauen Lit. 0,55 (6,60), Luxemburg B. Frs. 2,45 (29,50), Norwegen Kr. 0,35 (4,20), Oesterreich Sch. 0,40 (4,80), Palästina P. Pf. 0,020 (0,216), Polen Zloty 0,50 (6,—), Portugal Esc. 2,— (24,—), Rumänien Lei 10,— (120,—), Schweden Kr. 0,35 (4,20), Schweiz Frs. 0,30 (3,60), Spanien Pes. 0,70 (8,40), Ungarn Pengö 0,35 (4,20), USA. 0,08 (1,—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakisch: Zeitschrift »Neuer Vorwärts«: Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts«: Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts«: Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts«: Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts«: Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.095. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.